

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Centralorgan der socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnements-Preis pränumerando:
 Vierteljährlich 3.00 Mk., monatlich 1.10 Mk.,
 wöchentlich 26 Pf., frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 5 Pf., Sonntags-
 Nummer mit illustrierter Sonntags-
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Vork-
 Abonnement: 1.10 Mark pro Monat,
 Eingetragen in der Post-Verwaltungs-
 Zeitschrift für 1901 unter Nr. 7671.
 Unter Kreuzband für Deutschland und
 Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das
 übrige Ausland 3 Mark pro Monat.
 Geschäfts-Umlich außer Montage.

Die Insertions-Bedingung
 Beträgt für die sechsgepaltenen Kolonnen
 je Zeile ober dem Raum 40 Pf., für
 politische und gewerkschaftliche Vereins-
 und Versammlungs-Anzeigen 20 Pf.,
 „Kleine Anzeigen“ jedes Wort 5 Pf.,
 (nur das erste Wort frei). Inserate für
 die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr
 nachmittags in der Expedition abgegeben
 werden. Die Expedition ist an Wochen-
 tagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und
 Festtagen bis 6 Uhr vormittags geöffnet.

Telegramm-Adresse:
 „Socialdemokrat Berlin“

Redaktion: SW. 19, Beuth-Strasse 2.
 Fernsprecher: Amt I. Nr. 1508.

Freitag, den 1. Februar 1901.

Expedition: SW. 19, Beuth-Strasse 3.
 Fernsprecher: Amt I. Nr. 5121.

Agrarische Rechenkünste.

Es ist geradezu erstaunlich, mit welcher Unverfrorenheit die agrarische Presse im Vertrauen auf den Tiefstand volkswirtschaftlicher Kenntnisse in ihrem Anhang sich die absonderlichsten Rechenkünste leistet. So begründet z. B. die Klappersche „Deutsche Agrar-Korrespondenz“, ein Organ, aus dem mit Vorliebe die kleinen konservativen Kreis- und Lokalblätter ihre nationalökonomische Weisheit beziehen und dem zumeist auch die „Deutsche Tageszeitung“ in Ermangelung eigener Fähigkeiten ihre famossten „wissenschaftlichen“ Beweise entlehnt, sogar die Notwendigkeit einer Erhöhung der Getreidezölle mit Deutschlands „passiver Handelsbilanz“, d. h. dem Ueberwiegen der Einfuhr über die Ausfuhr.

In ihrer Ablehnung aller volkswirtschaftlichen Lehren, die ihre Nützlichkeit nicht mindestens durch eine zweihundertjährige Ablagerung erwiesen haben, ist die „Agrar-Korrespondenz“ noch immer nicht über den alten Glaubenssatz der frühmerkantilistischen Anschauung hinausgekommen, daß eine sogen. positive Handelsbilanz notwendig zum Ruin eines Landes führen muß. Die seitdem erfolgten theoretischen Überlegungen existieren für sie ebenso wenig wie die Thatsache, daß England seit über einem halben Jahrhundert eine fast von Jahr zu Jahr steigende positive Handelsbilanz aufweist und sich unter diesem, angeblich allen Wohlstand vernichtenden System bekanntlich zum reichsten Land der Welt entwickelt hat. Auch Deutschland, Frankreich, Belgien, Holland, die Schweiz haben seit langen Jahren eine sog. Unterbilanz und zählen doch zu den reichsten Ländern, während Rußland und Oesterreich, die eine aktive Bilanz haben, bekanntlich nichts weniger als wirtschaftlich prosperieren, besonders nicht Rußland, das nach den agrarischen Doktrinen das wirtschaftlich am günstigsten situierte Land Europas sein müßte, tatsächlich aber alle paar Jahre von verbererenden Hungerdöten heimgeführt wird.

Indes mit dieser lächerlichen Behauptung, die längst durch die wirtschaftliche Entwicklung abgethan ist, giebt sich die „Agrar-Korrespondenz“ nicht zufrieden; ihre Ausflüge auf das Gebiet der volkswirtschaftlichen Theorien haben noch ein anderes Ergebnis gezeitigt. Sie fährt fort:

„Am Exporte sind fast gar nicht, wohl aber überwiegend am inländischen Markte interessiert die Landwirte, Handwerker und Kleingewerbetreibenden. Der Gesamtwert der deutschen industriellen Produktion beträgt 8 1/2 Milliarden Mark, wovon noch nicht 2 Milliarden, also etwa 23 Proz. auf die Exportindustrie entfallen. Es haben sonach 78 Proz. der Industrie und des Handels ein überwiegendes Interesse an inländischen Märkte und nur 22 Proz. ein überwiegendes Interesse an der Ausfuhr. Von den über 22 Millionen überhaupt Erwerbsthätigen haben sonach nur rund 1 1/4 Millionen, also der 19. Teil der Bevölkerung ein überwiegendes Interesse am Export. Daß durch eine auch nur mäßige Steigerung der Kaufkraft des Inlandsmarktes auch das Interesse dieses Bruchteils am Export wesentlich verringert würde, liegt auf der Hand. Aus dem Gesagten folgt, daß der Inlandsmarkt fast zwanzigmal bedeutungsvoller ist, als die Exportindustrie.“

Zunächst beruht die Angabe, die deutsche industrielle Produktion hätte einen Jahreswert von 8 1/2 Milliarden Mark, lediglich auf Schätzung. Der Versuch einer Produktionsstatistik ist so unvollständig geblieben, und seine Teilergebnisse sind so oberflächlich, daß die Angaben nicht den geringsten Anspruch auf wissenschaftlichen Wert haben. Aber selbst angenommen, das obige Zahlenverhältnis wäre richtig, so folgt daraus doch nur, daß wenn der Export von Industriewaren vermindert würde, also die Konsumtionsfähigkeit der in der Industrie und im Handel thätigen Personen um 22 Proz. eingeschränkt würde, dies notwendigerweise eine allgemeine Unterkonsumtion, auch in Bezug auf landwirtschaftliche Produkte, zur Folge haben müßte. Außerdem aber kommt zu den 22 Prozent noch hinzu, was an Handelsgewinn, Frachten zc. beim Verkauf und beim Transport der Exportwaren nach dem Ausland „verdient“ wird. Wie selbst den Gelehrten der „Agrar-Korrespondenz“ nicht ganz unbekannt geblieben sein dürfte, haben die Exporteure die Angewohnheit, die Waren teurer an das Ausland zu verkaufen, als sie dieselben im Inland einkaufen. Und auch z. B. die Reeder, die Waren nach dem Ausland befördern, pflegen dafür Frachten zu berechnen, die das Ausland in den Preisen, mit welchen in ihm die betreffenden Waren in den Handel kommen, mitbezahlen muß. Zudem zieht jeder Export auch einen Import nach sich und bei diesem sind wieder die verschiedensten Erwerbskreise interessiert.

Für jeden nicht durch die agrarische Logik verwirrten normalen Menschen sind das Selbstverständlichkeiten; nicht aber für ein echt agrarisches Gemüt. So berechnet denn auch die „Agrar-Korrespondenz“ nicht, was wenigstens noch halbwegs vernünftig wäre, den Betrag des Inlandshandels in seinem Verhältnis zum Gesamtwaren-Umsatz des Inlandsmarktes, sondern sie stellt infolge einer Konsumtionsrechnung, die allen Regeln Adam Riefes widerspricht, einfach die Behauptung auf, am Export hätte nur der neunzehnte Teil der Bevölkerung ein Interesse.

Wie kommt die „Agrar-Korrespondenz“ zu diesem albernen Resultat? Das erfahren wir leider nicht; ein letzter Rest von Furcht vor Väterlichkeit hat sie dem Anschein nach bestimmt, ihr Exemplar für sich zu behalten. Mit den Angaben der Statistik stimmt es jedenfalls nicht; denn nach der Aufnahme von 1895 finden wir:

in der Industrie	8 281 220 Erwerbsthätige
im Handel und Verkehr	2 388 511
Zusammen	10 619 731 Erwerbsthätige

Davon 22 Proz. macht etwas über 2 1/4 Millionen Erwerbsthätige, nicht 1 1/4 Millionen, wie die „Agrar-Korrespondenz“ fälschlich behauptet. Und da diesen 10,6 Millionen 8 282 692 in der Land- und Forstwirtschaft Thätige gegenüberstehen, so ergibt sich, daß nicht der neunzehnte, sondern der achte Teil der Bevölkerung in seiner Existenz vom Export abhängt.

Welche „Korrekturen“ der Statistik sich der Artikelschreiber erlaubt hat, um das gewünschte Ergebnis zu erhalten, läßt sich nicht genau ersehen; nur zwei sind deutlich zu erkennen. Erstens hat er alle Beamten, Staats- wie Gemeindebeamten, ferner alle Angehörigen der sogenannten liberalen Berufe, Gelehrte, Ärzte, Rechtsanwälte, Schriftsteller zc. den Personen zugezählt, die an Industrie und Handel kein Interesse haben. Ob diese Erwerbsthätigen in Fabrik- oder Hofenstädten angestellt oder dort ihre Stundschacht haben — alles egal, der Rechenkünstler der „Agrar-Korrespondenz“ rechnet sie einfach zur agrarisch-interessierten Masse.

Doch das genügt ihm noch nicht, auch alle Dienstboten nimmt er für die Agrarier in Anspruch, obgleich nach der Statistik von 1895 die Erwerbsthätigen der Landwirtschaft nur 374 697 Dienstboten für häusliche Dienste hielten, dagegen die Erwerbsthätigen der Industrie und des Handels 604 111.

Solche Biye und „Korrekturen“ gehören nun einmal zur Agrarier-Arithmetik.

Nebenbei bemerkt: selbst wenn diese Rechenfehler und statistischen Verdrehungen nicht vorlägen, wäre die Berechnung eine absurde. Denn auf diese Weise das Interesse der Nation am Export und überhaupt am Außenhandel feststellen zu wollen, das kann nur jemand versuchen, dessen Einsicht in das wirtschaftliche Getriebe der eines hinterkommerischen Schäfers oder, was in diesem Fall so ziemlich dasselbe ist, eines Redakteurs der „Deutschen Tageszeitung“ entspricht.

Nicht besser steht es um den Gehalt der Bemerkung: „Daß durch eine auch nur mäßige Steigerung der Kaufkraft des Inlandsmarktes auch das Interesse dieses Bruchteils am Export wesentlich verringert würde, liegt auf der Hand.“ Wie es scheint, soll dieses Geschwätz von der Steigerung der Kaufkraft zum Schlagwort werden, durch das man den Arbeiter und vor allem den Kleinverbreitenden für die agrarischen Forderungen einzulangen hofft. Auch die „Berliner Politischen Nachrichten“ führen in ihrer Nummer vom 29. ds., im Anschluß an die Handelsbewegung im letzten Jahre aus:

„So liefert die jüngste Vergangenheit einen neuen schlagenden Beweis dafür, daß für das Gedeihen der deutschen Industrie und demzufolge für Arbeitsgelegenheit und Arbeitsverdienst der deutschen Arbeiter vor allem die Kaufkraft des Inlands entscheidend ist und daß demzufolge auch für die Arbeiter am besten durch eine Wirtschaftspolitik gesorgt wird, welche durch den gleichmäßigen Gang aller Zweige der nationalen Arbeit auf die Erhaltung und Stärkung der Kaufkraft des Inlands hinwirkt.“

Was hat denn die nationale Steigerung oder Stärkung der Kaufkraft mit den Getreidezöllen zu thun? Vermögen denn diese Zölle neue Güter, neue Werte zu schaffen? Sie erhöhen nur die Getreidepreise, aber was der Arbeiter, der Handwerker, der Beamte usw. für Mehl und Brot mehr ausgiebt, das muß er notwendig an anderen Ausgaben abwaschen. Hat der Arbeiter bisher jährlich 1000 Mark verdient und bisher 100 Mark für Mehl und Brot ausgegeben, so muß er, sobald er für diese Nahrungsmittel 200 Mark aufwenden muß, seine Ausgaben für andre Gegenstände, für Kleidung, Wäsche, Fleisch, Bier usw. um 40 M. einschränken. Es hat also keine Steigerung, sondern nur eine Verschiebung in der Kaufkraft stattgefunden. Der Grobverbraucher, der nun statt 20 000 vielleicht 25 000 M. Gewinn hat, kann allerdings mehr ausgeben; er ist demnach „kaufkräftiger“ geworden; dafür aber muß der Arbeiter und der kleine Mann sich entsprechend einschränken, verliert also an „Kaufkraft“.

Uebrigens geben beide Organe mit ihrem Gebete von der Steigerung der Kaufkraft zu, daß die Zölle die Getreidepreise erhöhen; oder wie denken sie sich im andern Fall das Steigen der Kaufkraft?

Sonst aber behaupten die Herren in ihrer Spekulation auf die Unkenntnis der Masse immer, das Ausland trage den Zoll und die Preise stiegen nicht: eine Behauptung, die sie freilich nicht davon abhält, das nächste Mal wieder zu erklären, die Getreidepreise seien zu niedrig und müßten durch den Zoll auf eine den Produktionskosten angemessene Höhe gebracht werden. Sonderbare Logik! Also der Zoll erhöht den Getreidepreis nicht, folglich muß, damit der Preis eine den Produktionskosten besser entsprechende Höhe erreicht und der ostelbische Junker eine „größere Kaufkraft“ erlangt, der Zoll erhöht werden!

Um diesen Widerspruch vereinigen zu können, muß man wirklich auf der Stufe Dertel-Zedliger Intelligenz angelangt sein.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 31. Januar.

Der Reichstag

steht jetzt bei der Beratung der einzelnen Kapitel und Titel, die den Inhalt des Etats des Reichsamts des Innern ausmachen. War die allgemeine Debatte, die beim Posten „Gehalt des Staatssekretärs“ geführt wurde, schon sehr mannigfaltig, so wird jetzt das Bild noch bunter. Die Debatte begann heute mit der Lage der Feringfischeret und mündete in einer Auseinandersetzung zwischen Genossen

Thiele und dem Freikonservativen Dr. Arendt über den Fall des Steigers Rothe. Zwischen durch gab es eine lange Oberlehrer-Debatte über die deutsche Rechtschreibung, eine Schilderung der Schulzustände in Mecklenburg, die ebenso idyllisch sind, wie die übrigen Zustände im Land der Obotriten. Herr Dr. Dertel trug Klagen über die mangelhafte Reinlichkeit in den Dampfzügen der Ostafrikalinie vor und Herr v. Wangenheim scheiterte in dem Versuch, die Agrardebate und die Polemik gegen Herrn v. Siemens fortzusetzen, an dem Widerspruch des Präsidenten. Genosse Thiele hatte nicht nur die Zustände im Mansfelder Bergbau zu besprechen, er kritisierte auch eingehend den Mangel der statistischen Tabelle, die den Fabrikinspektorenberichten beigelegt ist. Es fehlen dort unter andrem auch Angaben über den Prozentsatz der revidierten Betriebe. Hier sagte der Staatssekretär, der sich sonst nur mit kurzen Bemerkungen an der Debatte zu beteiligen hatte, Abhilfe zu. Freitag wird die Diskussion fortgesetzt.

Die Regierung gegen die Verfassung.

Das preussische Abgeordnetenhaus hat am Donnerstag zunächst den Rest des Etats der landwirtschaftlichen Verwaltung genehmigt. Von Interesse war es, wie die Junker im Verein mit der Regierung sich für die Schöpfung des Dispositionsfonds zu Prämien für Pferdebesitzer ins Zeug legten. Die Forderung, die nur einen Ersatz für den Ausfall der Rennbahnen infolge der Erhöhung des Totalfaktorstempels ist, beantragte Dr. Wiesner (fr. Sp.) zu streichen, aber vergebens. Die Position wurde gegen die Stimmen der Freikämmerer bewilligt.

Ausgesetzt wurde die Beratung der Anträge der Budgetkommission, betr. die staatliche Aufsicht über die Hypothekendarlehen, damit die Parteien und die Regierung zu einem in letzter Stunde eingegangenen konservativen Antrag, der eine noch schärfere Aufsicht wünscht, vorher Stellung nehmen können.

In der Beratung des Justizetats, die sodann begonnen wurde, forderte Abg. Koelle (nl.) einen Geschenkentwurf, der eine Verabfolgung der Gerichtskosten bezweckt. Einer Antwort würdigte ihn der Justizminister nicht. Dagegen verbreitete sich Herr Schönstedt sehr eingehend über die Grundsätze, nach denen in seinem Referat die Ernennung zu Notaren erfolgt. Der Abg. Veltsohn (fr. Sp.) hatte sich darüber beschwert, daß die jüdischen Rechtsanwalte viel später zu Notaren ernannt werden als die christlichen. Minister Schönstedt gab das unumwunden zu, verteidigte aber sein Vorgehen mit dem Hinweis darauf, daß die Zahl der jüdischen Rechtsanwalte eine verhältnismäßig zu große sei, und daß man doch der christlichen Bevölkerung nicht zumuten könne, sich bei einem jüdischen Notar Rat zu holen. Ganz so, nur etwas schwingvoller hätte Graf Bülckers auch sprechen können. Erst verächtelt man den jüdischen Juristen die Richterlaufbahn und zwingt sie, sich als Anwälte niederzulassen, und dann hindert man sie noch in ihrem weiteren Fortkommen. Ob auch andre Gründe, z. B. die politische Gesinnung, bei der Ernennung der Notare mitspielen, darüber äußerte sich der Minister nicht. Das Verhalten des Herrn Schönstedt nimmt uns nicht Wunder. Von einem Mann, der den Affektoren-Paragrafen eingebracht und den Grundgesetz aufgestellt hat: „Wenn zwei daselbe thun, ist es nicht daselbe“, kam man nicht anders erwarten. Auf den vom Abg. Warh (fr. Sp.) gegen ihn in schärfster Form erhobenen Vorwurf, daß sein Vorgehen mit der Verfassung, welche die Gleichheit aller Staatsbürger ohne Unterschied der Konfession garantiert, in Widerspruch stehe, antwortete der Minister nicht.

Die weitere Beratung wurde vertagt. In der nächsten Sitzung, die erst Montag stattfindet, kommt die Kanalvorlage zur ersten Lesung; wenigstens steht sie als einziger Punkt auf der Tagesordnung.

Deutsches Reich.

Der entgleiste Herbert.

Fürst Herbert Bismarcks politisches Thun bedeutet in seinem Gesamtumfang eine Entleerung aus den Bahnen des Wissens und Denkens, aber ein Fall besonderer diplomatischer Größe des Sohnes seines Vaters verdient dennoch besonders feige gehalten zu werden.

Fürst Herbert hat sich bei den Debatten zum Reichsammt des Innern als ein eifriger Verfechter des vermehrten Brotwuchses ausgespielt und im Eifer des Gefechts ist ihm das Unglück geschehen, auch eine Behauptung aufzustellen, die seiner wirklichen Ueberzeugung entspricht. Er hat, um das Treiben der Agrarier zu beschönigen, die Brotvermehrung auf die Bäcker abgeschoben. Im Parlamentsbericht der „Deutschen Tageszeitung“ war zu lesen:

„Ebenso steht es mit dem praktischen Wort: Brotwucher der Großgrundbesitzer. Wo bleiben denn bei diesem Brotwucher-Vorwurf die Bäcker?“

Diese Abwälzung der Bäckerschuld von den Junkern auf die Bäcker hat nun offenbar alsbald in den agrarischen Kreisen die Befürchtung laut werden lassen, daß die Bäcker, die sich vielfach noch als konservative Schlepptreuer mißbrauchen lassen, in helle Entzweiung geraten möchten. Klingt verjährt die „Deutsche Tageszeitung“ vorzubringen, sie erklärt, die betreffende Stelle sei in ihrem Parlamentsbericht „nicht ganz korrekt wiedergegeben worden, so daß sie mißverstanden werden könnte“, und giebt folgende löstliche Ausdeutung der Bismarckschen Worte:

„Er (Fürst Bismarck) hat gemeint, daß es auch sprachlich und sachlich nicht richtig sei, wenn man den Agrariern und den Landwirten Brotwucher vorwerfen wolle, da sie doch an der Bestimmung des Brotpreises nicht zunächst beteiligt seien. Man könnte höchstens, wenn man ihnen einen ungeduldfertigen Vorwurf machen wollte, von Kornwucher sprechen. Daraus ist dem Fürsten Bismarck vom Abgeordneten Präbden der Vorwurf gemacht worden, daß er die Bäcker des Brotwuchers be-

...Kundigt habe. Es ist aber, wie wir eigentlich nicht besonders hervorzuheben brauchen, dem Fürsten Bismarck nie und nimmer eingelassen, gegen das Vädereverbe einen derartigen Vorwurf zu erheben. Fürst Bismarck steht, wie wir postliminisch wissen, in den Fragen des Vädereverbes ganz auf unserem Standpunkte. Er ist beispielsweise ebenso wie wir ein unbedingter und entschlossener Gegner der Vädereverordnung. Da auch unser parlamentarischer Bericht zu ertümelnden Schlüssen Anlass geben konnte, glaubten wir, diese Wichtigstellung betonen zu sollen.

Fürst Bismarck in seiner Verlegenheit hat sich an Herrn Oertel gewendet und der helle Sachse erklärte ihm lächelnd: Lieber Fürst, nicht leichter als das, auf so was verstehen wir uns! Herr Oertel, dessen politische Tätigkeit darin besteht, schreiendes Unrecht in höchstes Recht umzuwandeln, entlehnt die Vädereverordnung des fürstlichen Parteifreundes, indem er sie in einen Sprachgeiz verwandelt.

Leider nützen die geschicktesten Kunststücke dem Fürstenherbert nichts. Leider spricht das Stenogramm der Herrlichen Rede eine allzu unzulässige und vor jeder Fälschung gesicherte Sprache. Das Stenogramm sagt:

„Das wenig geschmackvolle Wort „Brotwucher“, das hier ausgesprochen worden ist, paßt nicht auf die Landwirte, — die Großgrundbesitzer sind doch keine Väder! — Es ist ein falscher sprachlicher Ausdruck, und er trifft um so weniger zu, wenn es sich darum handelt, Millionen von Existenzen zu erhalten.“

Es giebt nur eine Möglichkeit, den Fürsten Bismarck aus der selbstgestellten Falle zu befreien. Wenn er die Väder nicht als die Schuldigen des Brotwuchers bezeichnen, sondern nur einen sprachlich falschen Ausdruck verbessern wollte, so hat er zugegeben, daß die Junker zwar nicht Brotwucherer, aber Kornwucherer sind. Kornwuchernde Junker oder brotwuchernde Väder — das ist die Wahl. Armer Herrbert!

Zur Naturgeschichte der Offiziere. Die amtliche „Berliner Korrespondenz“ hat sich am Montag eine kleine Votenstimm — gegen den Kaiser gestattet, indem sie sich über das von Wilhelm II. seiner Zeit gebrauchte Wort Brotwucher wandte. Daraus abgesehen, ist es nicht uninteressant zu sehen, mit welcher Bewandlung sich die Offiziere in die neue Rolle gefunden haben, für den Brotwucher zu stehen und auf Freihändler und Sozialdemokraten zu schimpfen, dieselben Offiziere, die vor ein paar Jahren, als es sich um den russischen Handelsvertrag und den Antrag Kaniz handelte, mit demselben Eifer gegen die Agrarier weiterliefen. Die folgende Gegenüberstellung mag von der Wandlungsfähigkeit eine Probe geben:

„Berliner Korrespondenz“
28. Januar 1901.

Die bereits seit Wochen, namentlich von freisinniger Seite, eingeleitete Agitation gegen die Getreibeizölle wird, nachdem die Stärke der Gegenseite offenbar geworden ist, voraussichtlich mit verdoppeltem Eifer in Gang gebracht werden. Die Hauptstütze aus dem Arsenal der Gegner der Agrarölle sind namentlich aus den Volkssammlungen, in denen freisinnige, Rationalsoziale und Sozialdemokraten zum Kampf aufriefen, sowie aus einer ganzen Serie theoretischer Flugblätter und Vorträge hinlänglich bekannt. In allen diesen rednerischen und publizistischen Auslassungen wird mit besonderer Vorliebe gegen den „Brotwucher“ geeifert. Unter dieser Parole sind die demokratischen Heerscharen aller Schattierungen, zumeist unterstützt von einzelnen wirtschaftspolitischen Doktrinären, seit mehr als zwei Decennien bei jeder Debatte über das vom ersten Reichskanzler inaugurierte wirtschaftspolitische Programm ins Feld gezogen. Den gegenwärtig auf neu sich erhebbenden Klagen über „Brotwucher“ wird man wie früher so auch jetzt eine wesentliche Bedeutung nicht beimessen dürfen.

Die Urheber der freisinnig-socialdemokratischen Agitation gegen die Getreibeizölle, wie sie in Versammlungen und in der Presse betrieben wird, sind sich der Schwäche ihrer Position sehr wohl bewußt. Als bemerkenswert in dieser Richtung muß es bezeichnet werden, daß von ihnen die materielle Frage, inwiefern die Lebensinteressen des Vaterlands eine Stützung der gedrängten Landwirtschaft gebieten, vielfach in den Hintergrund geschoben und statt dessen mit Schlagworten, wie „gegen Junker und Klerikal“ gearbeitet wird. Auf diesem Wege werden ihnen nur die von blindem partizipolitischem Fanatismus erfüllten Kreise der Linken zu folgen gewonnen sein. Die Regierungen aber, auf deren Einschüchterung die Anklagen wegen angeblicher einseitiger Vergrößerung einer kleinen Minderheit der deutschen Produktionsstände abzielen, werden sich durch diesen Värm gewiß nicht von ihrem wohlverdienten Standpunkt abdrängen lassen. Mögen bürgerlich-demokratische Väter von einer „Drohnen- und Ausbeutungs-Politik“ und von einer „Kapitulation vor dem Junkertum“ reden, mag der „Vorwärts“ die lächerliche Anschuldigung verbreiten, daß die Regierung in „willenloser Leibeigenchaft“ den Junkern dienbar sei — einen Erfolg werden solche Resonanzationen nicht zeitigen. Eine Kapitulation mit verhängnisvollen Folgen wäre es in Wirklichkeit, wenn die Regierung unter Hintansetzung der nationalen Wohlfahrt und im Widerspruch mit den Parteien der Rechten und des Centrum vor dem Ansturm der demokratischen Minderheit die Segel streichen oder gar die gesamte Demokratie zur Bekämpfung der rechtsstehenden Parteien anrufen wollte.

„Berliner Korrespondenz“
April 1895.

(Gegen einen Artikel der „Deutsche Tageszeitung“ — „Vange Sorgen, blaße Rot“ überschrieben.)

Wenn die „Deutsche Tageszeitung“ trotzdem den Beweis, daß die Landwirtschaft vor dem Ruin stehe, bereits als erbracht ansieht und daraufhin mit der Behauptung hervortritt, daß die Berufsleute und verantwortlichen Ratgeber der Krone selbst nicht genügend unterrichtet seien, so leunzschneidet sich dieses Vorgehen als dieselbe Art der Agitation, die bereits früher abgewiesen werden mußte.

Weltern gegen die Agrardemagogen, heute gegen die Demokraten für die Agrardemagogen — so ein Offiziosus macht alles! —

Agrarischer Terrorismus. Die der „Bund der Landwirte“ Mitglieder wird, darüber wird der Preuß. Lehrer-Ztg.“ aus Westpreußen geschrieben:

Zur Zeit wird unsere Provinz von Wanderrednern des Bundes der Landwirte heimgesucht, um Mitglieder zu werben. Der Erfolg ist augenscheinlich. — Zunächst wird den Bauern lang und breit klar gemacht, was der Bund nicht ist, was er ist, was er erreicht hat, was er erreichen will: „Schutz Zoll auf Getreide von 7,50 M. pro Doppelcentner.“ Dieses Ziel könne und müsse erreicht werden, wenn Herr v. Wangenheim im Namen von einer halben bis einer Million Mitgliedern dem Freisinn, den Juden und den Sozialdemokraten entgegenzutreten vermöge. Dann geht das Mitgliederwerben an! Zunächst werden die Handwerker bearbeit. Ist der Mann nicht willig, dann heißt es: „Du, wir kaufen nichts mehr von Dir, wenn zc.“ Was hilft's, er muß. Beim Bauer hält's schon schwerer. Wenn die Versprechungen billigen Bezugs von Futur- und Düngemitteln nicht ziehen, dann wird die Schweineversicherung gegen Trichinen angefüßt. Baudert er noch, dann blingt's ihm wie die Stimme des jüngsten Tags in die Ohren: „Wir geben einer schwerer Zeit entgegen, wir müssen verbieten, wir werden alle bankrott, — darum treten wenigstens so lange bei, bis die Handelsverträge fertig sind!“ Schließlich wird aber rufend der Name solch eines Schwankenden, der dem „Herrn“ gegenüber es nicht wagt, „Nein“ zu sagen, in die Liste niedergeschrieben. Auf diese Weise wird hier gearbeitet! Und die Frucht? Am 15—17 neue Mitglieder wurden so in einem einzigen Dorfein „geworben“.

So kommen denn freilich städtische Mitgliederzahlen zusammen! —

Der deutsche Außenhandel 1900. Wir haben schon darauf hingewiesen, daß im Jahre 1900 die Einfuhr agrarischer Produkte abgenommen, dagegen die Ausfuhr stark zugenommen hat. Jetzt liegen die genauen Zahlen vor. Danach wurde an Getreide und andern Erzeugnissen des Landbaus eingeführt 853,4 Millionen Mark, gegen das Jahr 1899 weniger 6,9 Millionen Mark. Dagegen ist die Ausfuhr von 122,3 auf 137,7 Millionen Mark, d. h. um 15,5 Millionen Mark gestiegen.

Bedenkt man, daß die Bevölkerung Deutschlands von 1899 auf 1900 um etwa 800 000 zugenommen hat, so erkennt man, daß die Landwirtschaft im Jahre 1900 — bei verminderter Einfuhr und gesteigerter Ausfuhr — eine außerordentlich vermehrte Produktion gehabt haben muß.

Was die einzelnen Getreide-Arten anlangt, so hat die Einfuhr zugenommen bei Roggen 100,2 Millionen (1899: 64,9 Millionen) und Hafer 48,4 Millionen (28,5 Millionen), abgenommen bei Weizen 172,8 Millionen (180,4 Millionen) und Gerste 92,8 Millionen (127,9 Millionen). Die Ausfuhr ist gestiegen bei Roggen 8,9 Millionen (14,5 Millionen), dagegen gestiegen bei Weizen 39,3 Millionen (25,3 Millionen), Hafer 12,4 Millionen (8,1 Millionen), Gerste 4,5 Millionen (2,1 Millionen).

Zurück eines Bankdirektors vor dem „demokratischen Staat“. Aus der Aktionär-Versammlung der Hypothekendarf ist eine lehrreiche Episode nachzutragen. Als die gelindesten Beamten sich bestanden, sagte Herr Dr. Bernstein an, daß die neue Bankleitung ein Reputations für die Anstellung und Entlassung der Bankbeamten entwerfe, damit die Generalversammlung in dergleichen Fragen mitzureden habe und einen Beamten, der etwa über Angehörigkeiten Mitteilung mache, schämen könne. Daraus erhob sich der Direktor der Stettiner Hypothekendarf, Herr Berner, und wies diese Anregung weit weg. „Nur ja nicht, daß ein Beamter an die Generalversammlung gehen kann, dann kommen wir zum demokratischen Staat!“ so rief der Herr mit höchstem Entsetzen; „bedenken Sie, daß der größte Teil dieses Unglücks durch einen schwachen Beamten über Sie gekommen ist! Wenn ein Beamter etwas Ungehöriges bemerkt, mag er kündigen und sich — anderswo eine Stellung suchen.“

Diese Rede ist zu sehr lehrreich, als daß wir sie nicht der Vergessenheit entreißen sollten. Wenn die „Indiskretion“ eines Beamten rechtzeitig das Einschreiten der Behörde gegen die Bank zur Folge gehabt und diese Behörde nicht gewartet hätte, bis der Hypothekendarf von selber die Puste ausging, so wäre viel Unheil verhütet worden. Herr Berner aber verlangt, daß die Beamten der Finanz auch über gemeingefährlichen Schwindel schweigen; nicht einmal an die Generalversammlung sollen sie gehen, das führt zum „demokratischen Staat“. Danach wäre der demokratische Staat als die Enttarnung und Kontrolle der heimlichen Spitzbüberei zu definieren. Ganz unsere Meinung! Nur daß wir diese Einrichtung wünschen und betreiben, während Herr Berner es mit der Heimlichkeit hält. —

Deutsche Neute. Dem „Mastischen Ploß“ wird aus Peking berichtet: „Die prachtvollen Instrumente der Slinger Sternwarte sind zu gleichen Teilen zwischen Deutschen und Franzosen geteilt worden. Beide Kontingente haben bereits begonnen, sie auseinanderzunehmen und zu verpacken. Der berühmte große Globus des Sternhimmels ist den Deutschen zugefallen; man ist auf deutscher Seite darüber und überhaupt mit dem Erhaltenden sehr zufrieden.“

Dazu bemerkt die „Frankfurter Zeitung“: Als Anno 1807 die Franzosen die Quadriga vom Brandenburger Thor in Berlin fortnahmen und nach Paris führten, waren die preussischen Patrioten über diesen Raub außer sich geraten. Freilich galt damals, nach Jena und Auerstädt, das Recht des Eroberers und Siegers, während wir jetzt mit China, wie offiziell bezeugt, in Frieden leben.

Jedenfalls haben die Chinesen, wie seinerzeit die Preußen, sich nun das historische Recht erworben, sich den Globus aus Peking wieder zu holen, nur müssen sie die Vorsicht üben, zu diesem Zwecke nicht den Krieg zu erklären. —

Gedankenloser konservativer Schwindel. Wir teilten vor einigen Tagen nach den amtlichen Ermittlungen mit, daß im Jahre 1900 der Weizen per 1000 Kilo um 5 M. billiger war wie 1899, und bemerkten dazu, daß diese Verbilligung nicht bis an die kleinsten Mehlerverbraucher gekommen sei. Die konservativen Schwindler, denen kein Mittel zu dümm ist, um den geplanten Raubzug auf den Brotkorb des Volks in eine Art Wohlthat umzuwandeln, wollen uns nun als Kronzeugen dafür anrufen, daß die Kornzölle das Brot nicht verteuern.

Eine Verbilligung um 5 M. per 1000 Kilo bedeutet 1/4 Pfennig pro Pfund; da die kleinsten Mehlerverbraucher selten mehr wie ein Pfund an einmal einkaufen können, ist es ganz selbstverständlich, daß sie von der Verbilligung nichts merken können, da der Händler nicht 1/4 Pfennig an der Ware herablassen wird, weil er sie 1/4 Pfennig billiger einkaufte. Eine Verteuerung aber um 5 Mark pro 1000 Kilo würde selbst der kleinste Verbraucher merken, denn der Händler würde auch bei den kleinsten Posten die Verteuerung des Einkaufspreises draufrechnen.

Die agrarischen Deutwucherer aber wollen ja sogar eine Preisverteuerung durch den Zoll von mindestens 60 oder 70 Mark pro 1000 Kilo, das sind 8 oder 3 1/2 Pfennige pro Pfund. Gewiß verteuert das den Haushalt der Familie um mindestens so viel und unsere Bemerkung, daß eine Verbilligung um 5 M. pro 1000 Kilo nicht an den kleinsten Verbraucher kommt, steht damit nicht im geringsten Widerspruch.

Die „konservative Korrespondenz“, die den gedankenlosen Schwindel ausgeübt hat, spekuliert auf die Dummen, die da meinen, daß der Zoll für 1000 Kilogramm 3,50 M. beträgt, während er in Wirklichkeit das Zehnfache, 35 Mark, beträgt. Bei den Zollfäden aber handelt es sich nicht um ein Mehr oder Minder von 8, 5, 6, 7 Mark per 1000 Kilogramm, sondern von 30, 50, 60, 70 Mark, und solch eine Differenz spüren allerdings die kleinsten Verbraucher am schärfsten.

Zur Hypothekendarf-Frage. Die Konservativen haben im preussischen Abgeordnetenausschuß den Antrag eingebracht, gesetzgeberische Maßnahmen in Erwägung zu ziehen, wonach die Ausgabe hypothe-

tarisch gesticherter Inhaberpapiere in der Form von Pfandbriefen lediglich öffentlichen, nicht auf bankmäßigen Erwerb gerichteten Instituten oder Genossenschaften, eventl. mit Tilgungszwang, vorbehalten wird, und bis dahin gegenüber den privaten Hypothekendarfen die gesetzlich bestehenden staatlichen Aufsichtsbefugnisse thumlich wirksam und energischer als bisher auszuüben. —

„Der höchste Stand im Reiche“. Vor dem Schöffengericht in Leipzig lagte der preussische Gardeleutnant v. Kunowits wegen Beleidigung, die ihm in seiner Eigenschaft als Erfinder einer „National- stenographie“ zugesagt worden sein soll. Das Schöffengericht verurteilte den Beleidiger zu 100 M. Geldstrafe und legt in seiner Begründung:

„Trotz der ungünstigen Vermögenslage des Angeklagten habe man die Strafe hoch bemessen, weil seine intensiven Angriffe sich gegen einen Angehörigen des Offiziersstands richteten, des höchsten Stands im Deutschen Reiche. Dies war strafschärfend zu berücksichtigen.“

Das Leipziger Schöffengericht erklärt in wunderbarer Hornlosigkeit, daß wir nicht im Rechtsstaat, sondern im Stände Staat leben, den einige Vorwitzer im Schoß vergangener Jahrhunderte versunken wäuteten. Und der höchste Stand ist der Offiziersstand, dessen beleidigte Ehre höhere Strafe fordert als die Ehre der niederen Stände. —

Der Kanonenpatriot Ehrhardt in Jelle und Düsseldorf schreibt der „Gothaer Zeitung“ auf die Notiz, daß Krupp wieder Waffenlieferungen nach England ausführen wolle, weil Ehrhardt gegen den Willen unserer Regierung nach wie vor Waffen aus England liefere, daß er, Ehrhardt, seitdem das Auswärtige Amt einen diesbezüglichen Wunsch zu erkennen gegeben, kein Stroh mehr nach England abgeliert habe, um so mehr, als die Agitation von England selbst gegen unsere Lieferungen eine ganz ungeheure sei. Er könne jedoch mitteilen, daß ernste Verhandlungen schwebten, dieselben Geschäfte in England zu fabrizieren, welche Verhandlungen schwebten in anderen Staaten, so daß man in Zukunft nicht mehr nötig haben werde, sich um die „unmäßigen und unverständlichen Agitationen“ zu kümmern, die erhoben würden, wenn man sich aus einem und doch befreundeten Staate etwas Arbeit heraufhole.

Herr Ehrhardt will also im Ausland Filialen anlegen, um ohne Rücksicht auf die nationalen und moralischen Stimmungen des Volkes nach Herzenslust Kanonen für das Ausland liefern zu können. Das hat gleichzeitig den Vorteil, daß er möglicherweise auch für eine Nacht Geschäfte liefern kann, mit der Deutschland im Krieg liegt. Vielleicht legt er auch in China eine Filiale an, um dem Waffeneinfuhrverbot ein Schnippen zu schlagen.

Dies Geschäftsgebahren zeigt gleichzeitig auch, wie ernst es den wackeren Patrioten mit dem Argument war, es liege ja in erster Linie im Interesse der Arbeiter, durch dergleichen Geschäftsaufträge beschäftigt zu werden. In Zukunft wird man kalten Blutes ausländische Arbeiter beschäftigen, aber den Profit mit nicht geringem Behagen einstreichen. —

Die Kaskiniform, deren Einführung für die gesamte Armee geplant wird, wird demnächst bei verschiedenen Truppenteilen probeweise zur Einführung gelangen. Von dieser Probe soll es abhängen, ob die erforderliche Uniform allgemein eingeführt wird. Bei der Infanteriehochschule in Spandau ist die Kaskiniform bereits eingeführt. Sie weist keinerlei blühende Teile mehr auf, da nicht nur die blanken Knöpfe durch dunkelfarbige ersetzt worden sind, sondern auch an die Stelle des bisherigen Helms ein Kaskiniform von der Farbe der Uniform getreten ist.

Selbst im Fall der allgemeinen Einführung der Kaskiniform soll man jedoch die bisherige glänzende und unbecommene Uniform als Paradeuniform beibehalten. Ersparnisrückichten spielen ja nur bei Kulturfragen, nicht aber beim Militarismus eine Rolle. —

Württembergischer Landtag. Stuttgart, 30. Januar. „Hut volle Tage hat in diesem Jahr die Generaldebatte über den Etat gedauert und zwei Entscheidungen sind es, die dabei besonders in den Vordergrund traten: die Wiederauf-

rollung der Verfassungsreform und das wirthschaftsvolle Auftreten der jetzt verfassten sozialdemokratischen Vertretung. Die Regierung hatte in der Thronrede den Anschein erweckt, als ob sie nicht ganz unerfreut darüber wäre, die Initiative in der Verfassungsfrage auf die Axt der Parteien verschoben zu können. Die im Anfang der Debatte gemachte Aeußerung des neuen Ministerpräsidenten Schott v. Schottenstein ließ ebenfalls durchblicken, daß die Regierung auf die Initiative verzichtete wollte. Dazu kam weiter, daß nach zwei weiteren Minister gegenüber sich sehr entgegenkommend äußerten. Das veranlaßte die Volkspartei von der Regierung abzurufen und unser Fraktionsredner Hildbrand gab die positive Erklärung ab, daß die fünf sozialdemokratischen Stimmen für keine Reform zu haben sind, solange nicht eine Revision der Verfassung angebahnt wird, dahingehend, daß alle Vertretungen einzelner Stände und Familien aufgehoben, daß eine reine Volkslammer geschaffen wird. Sozialdemokratie und Volkspartei verfügen über ein Drittel der Stimmen und können jedes Gesetz verhindern. Das wird wohl ein Grund gewesen sein, daß die Regierung sich im Laufe der Debatte eines Besseren besonnen und am Schluß des vierten Tages eine Erklärung verlesen ließ, aus welcher hervorging, daß die Regierung die Revision der Verfassung in die Hand nehmen will. Daraufhin sprachen sich dann am fünften Tage Sozialdemokratie, Volkspartei, Deutsche Partei und Frhr. v. Gemmingen für die Reform aus. Es hat so den Anschein, als ob es diesmal möglich wäre, die Reform ohne das Centrum zu machen, das die letzte vereitelt hat und auch jetzt noch die Zulassung der Reichsorden und die verfassungsmäßige Festlegung der konfessionellen Volksschule von seiner Zustimmung abhängig macht. — Unser Redner bekämpfte den einseitig aufgestellten Etat, in welchem für die Arbeiterklasse nichts enthalten ist. Er forderte die Errichtung von Arbeiterkammern oder wenigstens die Vertretung der Arbeiter bei der Centralstelle für Handel und Gewerbe, ferner die Zulassung von Arbeitern zum Eisenbahn-Verein. Des weiteren forderte er die Regierung auf, im Bundesrat entschieden Stellung zu nehmen gegen die China- und für die Handelsvertrags-Politik, wie er von ihr entschiedene Abwehr der Bundes-Politik im Reichamt des Innern forderte. Der Nachweis, daß das Centrum an den verschiedenen Verhältnissen im Reich die Schuld trage, brachte die Vertretung des Centrums-Interpellation, welche die Regierung ersuchte, sie möchte im Reich für eine Erhöhung des Zolls auf Weizen und Roggen, Gerste und Hafer eintreten. Rembold (C.) begründete die Interpellation mit den landläufigen Gründen. Der Ministerpräsident erwiderte, die Regierung werde einer Erhöhung zustimmen, die Höhe dürfe aber den Abschluß der absolut notwendigen Handelsverträge nicht verhindern. Von unserer Seite wird Genosse Tauscher zu der Frage sprechen. —

Ausland.
Oesterreich-Ungarn.

Lärmereien im Abgeordnetenausschuß. Schon in der Eröffnungs-

sitzung am Donnerstag kam es zu erregten Szenen. Als der Ministerpräsident v. Köberer als Alterspräsidenten den Abg. Weigel aus Krainau vorstellte, forderten die Vertreter der czechisch-nationalen Arbeiterpartei lärmend, daß die Worte des Ministers ins Czechische übersezt würden. Als der Altersvorsitzende Weigel den verstorbenen Königin Victoria gedachte, brachen die Deutsch-Mährler in härmische Hochrufe auf die Vorken aus, in die sich Rufe „Nieder mit England!“, „Hui, Josefandorden!“ mischten. Auch bei der

aber kann ich nach meinen wiederholten Erfahrungen nicht teilen, daß die Regierung nichts ohne oder gegen die Stadt thun werde. Meine Freunde und ich haben sich dem Antrag Gassel sehr gern angeschlossen, weil nach meiner Meinung alles gethan werden muß, um den jetzigen erfreulichen Zustand, daß die Gemeindefchüler in die Realschulen übertritten können, zu erhalten. Ich möchte aber einen Gedanken anregen, der vielleicht der Erwägung wert ist. Ich bin nicht Pädagoge genug, um zu beurteilen, ob die Einführung des fremdsprachlichen Unterrichts in der untersten Klasse dieser Realschulen an sich zu verwerfen ist. Wir belämpfen diesen Gedanken nur für den Fall, daß durch diese Einführung den Gemeindefchülern der Uebertritt in die Realschule abgeschnitten wird. Nun könnte man ja den Versuch machen, in der ersten Klasse der Gemeindefschulen ebenfalls den fremdsprachlichen Unterricht einzuführen. Wenn erst die auf dem letzten Städtetage hervorgeratene Unlust der Stadt Berlin gegen obligatorische Fortbildungsschulen beseitigt sein wird und wir die obligatorischen Fortbildungsschulen haben, dann könnte der in den Gemeindefschulen begonnene fremdsprachliche Unterricht in der obligatorischen Fortbildungsschule fortgesetzt werden. Das ist ein außerordentlich wichtiges, sociales Moment. Welch eine Wohlthat wäre es für die Kinder, wenn Sie sich in einer fremden Sprache elingemäßen verständlich zu machen lernten und später in Frankreich und England diese Kenntnisse verwerten könnten! Ich will nicht sagen, daß die Sache sofort gemacht werden muß, aber der Gedanke ist sehr erwähnenswert, und dem neuen Herrn, dem wir das Volksschulwesen in Berlin unterstellt haben, bietet sich damit eine dankbare Gelegenheit, seine Verdienste um die Volksschule zu dokumentieren. So darf man hoffen, daß jener Plan schließlich zum Vorteil der Gemeindefschulen ausführt. Den zweiten Antrag Gassel kann ich nur empfehlen. Wir können mit dem Magistrat nur wünschen, daß jene Absicht unter keinen Umständen in einer Weise ausgeführt wird, durch die die Gemeindefschulen auch nur im geringsten geschädigt werden. (Beifall.)

Stadt v. Gassel: Die Anregung des Vortredners kann ja später verfolgt werden. Die Bestimmtheit, mit der der Stadtschulrat für die Realschulen eintritt, hat mich sehr erfreut, aber ich muß doch betonen, daß in manchen Kreisen, besonders des Lehrpersonals, keineswegs derselbe Optimismus herrscht, daß man vielmehr in einigen Lehrkörpern sogar glaubt, die Aenderung werde schon mit dem 1. April er. durchgeführt werden.

Der Antrag Gassel-Singer wird, nachdem der ursprüngliche Antrag Gassel durch die Antwort des Schulrats gegenstandslos geworden, fast einstimmig angenommen.

Die Magistratsvorlagen, betreffend die anderweitige **Regelung der Anstellungsverhältnisse der Zeichenlehrerinnen** an den städtischen höheren Mädchenschulen, betreffend die Festsetzung einer

Befolgungsvorschrift für die Turnwart und Turnlehrer an den vollständigen städtischen höheren Lehranstalten, und betreffend die

Befolgungsverhältnisse der Lehrer an der städtischen Taubstummen- und Blindenschule

sind von dem niedergesetzten besonderen Ausschuss zur Annahme empfohlen, doch mit der Modifikation, daß die neuen Vorschriften auf die vor dem 1. April 1898 angestellten Taubstummen- und Blindenlehrer nicht ohne weiteres Anwendung finden sollen.

Das Referat erstattet **Stadt v. Gassel.** Die Ausschussvorschlüge gelangen ohne Debatte zur Annahme.

In den **Verbauungsplan** Abteilung XIV soll eine **neue Straße Ia**

auf den Grundstücken Darghagenstr. 23 von dieser durchgehend zur Kominienerstraße angelegt werden. Auf dem neu zu erschließenden Bau terrain beabsichtigen die Eigentümer 25 Wohnhäuser mit etwa 600 kleinen Wohnungen zu errichten. Die Vorlage wird nach kurzer Beratung auf Antrag Sach I, der durchaus nicht einsehen kann, warum hier bloß, weil kleine Wohnungen gebaut werden sollen, so besondere Eile entwickelt werden mußte, einem Ausschusse überwiesen.

Eine Anzahl von **Angestellten der Hauptkasse der städtischen Werke** sollen als Gemeindefbeamte auf Lebenszeit anerkannt werden.

Stadt v. Wallach erachtet die Vorlage dem schon bestehenden Ausschusse für die Regelung der Anstellungs- und Befolgungsverhältnisse der städtischen Angestellten zu überweisen. Ohne weitere Debatte wird demgemäß beschlossen. Die Vorlage wegen des Erwerbs des zur

Verbreiterung der Prinzen-Allee von Bad- bis Vellermannstraße erforderlichen Geländes im Wege des reihändigen Erwerbs wird angenommen.

Trotz der Vorstellungen des Magistrats sind die Minister des Innern und des Kultus darüber einig geworden, der Gemeinde **Reinickendorf** schon jetzt die vorläufige widerrufliche

Genehmigung zur Abführung ihrer Kanalisationswässer in den Tegeler See

zu erteilen, obwohl die Stadt Berlin jedenfalls noch bis zum 1. Oktober l. J. auf die Entnahme von Trinkwasser aus dem Tegeler See angewiesen ist und wenigstens bis dahin die Tegeler Wasserwerke vor Verunreinigung zu schützen für notwendig hält. Die Minister halten nur für erforderlich, daß die Gemeinde Reinickendorf gewisse Klauseln für den Betrieb ihrer Kläranstalt beobachtet.

Mit der bezüglichen zur Reminiscenz vorgelegten Denkschrift zugleich wird die inzwischen am 23. d. M. eingegangene Magistratsvorlage beraten, wonach die ältere Hälfte des Tegeler Wasserwerks mit einem Kostenaufwand von 570 000 M. (wovon 150 000 M. bereits früher bewilligt sind) in eine Grundwasser-Anlage umgebaut werden soll. Zur Aufstellung der Entwürfe für die Umgestaltung des jüngeren Teils (Tegel II) und zur vorläufigen Beschaffung von Material werden 250 000 M. gefordert.

Auf Antrag **Schwalbe** geht die Angelegenheit an einen Ausschuss von 15 Mitgliedern, der sofort vom Vorstand ernannt wird und dem auch u. a. die Stadt v. Dr. **Freundenberg** und **Burm** angehören.

Zu **Bau-Ausführungen in den städtischen Gaswerken** und am **Köbrensystem** ist ein Gesamtkostenbetrag von 3 170 204 M. für das Etatsjahr 1901 veranschlagt. Mit den Arbeiten soll schon im Februar d. J. begonnen werden können.

Die Forderung wird ohne Debatte bewilligt. Auf dem Grundst. der „**Vereinigten Motorenwerke**“ (Prexaner) zwischen **Wachstraße** und **Schlesinger Ufer** soll eine

neue Verbindungsstraße angelegt werden. Die **Lilo Wardenbergstraße** soll von Str. 30 Abt. VII B. V. nach dem Hansa-Ufer im neuen Hansa-Viertel durchgeführt und das dazu erforderliche, noch im Privatbesitz der Spieckermannschen Erben befindliche Terrain enteignet werden.

Beiden Anträgen erteilt die Versammlung ohne Debatte ihre Zustimmung.

Schluß 1/8 Uhr.

Geriichts-Beitrag.

Rückichtsloses Vorgehen gegen eine arme Mieterin führte gestern den Hausbesitzer Köhler, seine Vicewirtin Frau Reuter und eine andre Einwohnerin des Hauses, eine Frau Schulze unter der Anklage der Nötigung bezw. der Beihilfe dazu vor die vierte Strafkammer des Landgerichts I. In dem in der Vappell-Allee belegenen Hause des Angeklagten Köhler wohnte eine Frau Reichstein, die sich in den denkbar schäblichsten Verhältnissen befand. Ihr Mann hatte sie böswillig verlassen, die Frau hatte Mühe, den notwendigsten Unterhalt für sich und ihre Kinder

zu verdienen. Sie schuldete seit sieben Monaten den Mietzins. Köhler hatte ihr wiederholt erklärt, daß sie ziehen müsse. Stets erwiderte die Frau, daß sie dazu bereit sei und hat sie nur um so lange Frist, bis sie ein andres Unterkommen gefunden habe. Als dies sich immer mehr in die Länge zog, machte Köhler eines Tags kurzen Prozeß. Er erschien am Vormittag des 7. September v. J. in der Wohnung der Reichstein und erklärte, daß er sie jetzt „in die Luft setzen würde“. Er hob zunächst die Thür aus und beauftragte dann die beiden ihn begleitenden mitangeklagten Frauen, das wenige Mobiliar der Mieterin Stück für Stück nach dem Hofe zu tragen. Als dies geschehen war, entdeckte Köhler noch auf dem Herd einen Topf, in welchem Kartoffeln kochten. Sie sollten der Frau Reichstein und ihren Kindern als Mittagmahl dienen. Die Kartoffeln sollen von der Frau Reuter auf Geheiß Köhlers in den Ausguss geschüttet worden sein. Dies wurde bestritten. Frau Reuter behauptete, sie habe die Kartoffeln abgießen sollen, weil Köhler auch den Topf beseitigt sehen wollte. Dabei seien ihre die Kartoffeln in den Ausguss gefallen. Sie habe dieselben wieder herausgeholt, abgewaschen und auf den Küchentisch gelegt. Der Gerichtshof verurteilte nicht, daß ein Hausbesitzer, der seine Miete erhalte und den lästigen Mieter dennoch nicht los werden könne, sich in einer solchen Lage befinden, aber das Verhalten der Angeklagten überschreite doch alle Grenzen des Zulässigen. Köhler wurde zu der milden Strafe von 30 M., die beiden mitangeklagten Frauen wurden zu je 10 M. Geldstrafe verurteilt.

In **Bellos-Prozeß** plädierte gestern der Staatsanwalt auf Schuldig in den meisten Fällen. In zwei Punkten beantragte der Staatsanwalt die Freisprechung gegen Heinde beziehungsweise Heinde und Gareis. Er hielt es nicht für erwiesen, daß Heinde absichtlich zum Nachteil der Gesellschaft handelte, indem er, wie behauptet, aber nicht bewiesen worden sei, dem Buchhalter Kloy eine Gehaltszulage zur Abgeltung einer persönlichen Darlehensschuld bewilligt habe. Auch der Anklagepunkt, der auf der Thatfache beruht, daß dem Gareis Platinatlegel der Gesellschaft für ein Darlehen überlassen worden seien, wurde vom Staatsanwalt fallen gelassen. Zu den Strafanträgen hob der Staatsanwalt hervor, daß sich Haase, Heinde und Richter am schwersten gegen das Gesetz verhalten haben. Bei Haase sei zu erwägen, daß im Vertrauen auf seine Persönlichkeit und seine Rechtskenntnisse die Leute sich dazu verstanden haben, in das Aktienunternehmen einzutreten, und daß er es verstanden habe, seine Taschen zu füllen, während alle andern Personen leer ausgegangen seien. Thatfache sei doch, daß der Nachweis fehle, wo 200 000 Mark Aktien hingekommen seien; sie seien den beiden Inferenten Gareis und Ries entzogen worden und wenn man selbst noch die 100 000 M. davon abziehe, so bleiben doch noch 100 000 M. übrig, über die die drei Benannten eigenmächtig verfügt haben. Thatfache sei andererseits, daß alle die Personen, die Aktien gekauft haben — soweit sie hier als Zeugen aufgetreten seien — ihr Geld verloren haben und nicht ein Wenig Dividende gezahlt worden sei. Unter Ausschluss der milderbenden Umstände für Haase, Heinde und Richter beantragte der Staatsanwalt schließlich: 1. Gegen Heinde wegen Vergehens gegen die §§ 249a 1, 249b, 249 und 249c des Handelsgesetzbuchs, ferner wegen Betrugs in einem Fall neun Monate Gefängnis und 1500 M. Geldstrafe eventuell 100 Tage Gefängnis. 2. Gegen Gareis (§ 249a 1) 300 M. Geldstrafe eventuell 30 Tage Gefängnis. 3. Gegen Ries (§§ 249a 1 und 249c) 400 M. Geldstrafe eventuell 40 Tage Gefängnis. 4. Gegen Dr. Haase (§§ 249a 1 und 249b) neun Monate Gefängnis und 6000 M. Geldstrafe eventuell 400 Tage Gefängnis. 5. Gegen Richter (§§ 249a 1 und 249b) sechs Monate Gefängnis und 2000 M. Geldstrafe. 6. Gegen Lehmann 5000 M. Geldstrafe eventuell für 15 M. einen Tag Gefängnis. 7. Gegen Rehlisch 800 M. Geldstrafe event. 80 Tage Gefängnis.

Nachdem die Verteidiger auf Freisprechung plädiert und die Angeklagten gleichfalls das Wort ergriffen hatten, zog sich der Gerichtshof zur Urteilsfällung zurück, deren Verkündung auf heute früh 9 Uhr angelegt wurde.

Versammlungen.

Der **Verband der Möbelpolierer** hielt am 27. Januar seine Generalversammlung ab. Vor Eintritt in die Tagesordnung ehrten die Anwesenden das Andenken des verstorbenen Kollegen Joh. Rischalla in der üblichen Weise. Den Jahresbericht gab der Vorsitzende Schulz I. Nach demselben beträgt die Gesamteinnahme pro 1900 37 947,51 M., die Ausgabe 30 840,41 M. Das Gesamtvermögen betrug am 1. Januar 1901 11 657,10 M. Der Mitgliederbestand betrug am 31. Dezember 1899 1027, am 31. Dezember 1900 1200, also 173 mehr. Demnach sind 60 Proz. aller Berliner Polierer im Verband organisiert. Außer diesen sollen noch ca. 77 dem Deutschen Holzarbeiter-Verband angehören.

Die Bibliothek ist wieder vergrößert und für Weigensee und Friedrichsberg neu eingerichtet worden. Der Gesamtwert derselben beträgt ca. 2300 Mark. Beschlossen wird unter andern, daß die Kollegen, die ihre Verpflichtungen dem Verband gegenüber erfüllt haben, zur Zeit aber arbeitslos sind, für jeden Wochentag im Januar, nach einer sechswöchigen Karenzzeit, 75 Pf. Unterstützung erhalten. — Laowski beantragt: Eine Arbeitslosen-Unterstützung überhaupt einzuführen, jedoch nicht obligatorisch, sondern es den Kollegen freizustellen, sich gegen Arbeitslosigkeit zu versichern. Die Kassenführung soll vom Verband unabhängig sein. Der Antragsteller meint, daß ein Wochenbeitrag von 20 Pf. genüge, die Kasse lebensfähig zu erhalten. Von verschiedenen Rednern wurde die Ausständlosigkeit des Projekts den Anwesenden klar gemacht; um aber dem Antragsteller gerecht zu werden, wurde eine Kommission von 7 Mitgliedern gewählt, die vorbereitenden Schritte zu unternehmen. Der Vorsitzende wird beauftragt, mit den Kollegen in der Provinz engere Fühlung zu nehmen. Die Lohn- und Arbeitsbedingungen in den Provinzen sind zum größten Teil miserabel, bei 54—80 stündiger Arbeitszeit werden Löhne von 6, 10 und 12 M. für weibliche, und 13—28 M. für männliche Polierer gezahlt. Den Maurern in Halle werden 400 M. bewilligt. Bei der hierauf vorgeschlagenen Wahl wird Schulz I. als erster und Dittmann als zweiter Vorsitzender gewählt. Zum Schriftführer wird M. Stroba, zum Kassierer Robert Schulte, zu Revisoren werden die Kollegen Saitner, Rechner und Soldner gewählt, als Bibliothekar Woly und zum Vergütungskomitee August Riese. Die Vertreter der Hilfsvereine, die in den einzelnen Bezirken gewählt sind, wurden bekräftigt.

Alt-Ottende. Am Sonntag, den 27. Januar 1901, fand im Lokal des Herrn Sah die erste Versammlung des sozialdemokratischen Wahlvereins für Alt-Ottende statt. Die Vorstandswahl ergab folgenden Resultat: 1. Vorsitzender wurde August Sasse, 2. Vorsitzender Ewald Dürre, Kassierer Paul Rammsch, Schriftführer Hermann Reue und Beisitzer Karl Kühle.

China.

Waldersees Bedingungen.

Optimistische Gemüter schwebeln bereits in Friedenshoffnungen angefaßt eines Schreibens, das Graf Waldersee den Gesandten nach einer Meldung von „Laffons Bureau“ mitgeteilt hat. In diesem Schreiben legt der Weltgeneralkonferenz seinen Plan für die Räumung Peking's folgendermaßen dar: Ehe ein Wechsel unternommen werden kann, wird die chinesische Regierung zum mindesten dazu schreiten müssen, die im Friedensvertrag bezeichneten Bedingungen zu erfüllen. Ich glaube, daß für diesen Zweck die von Mitgliedern des diplomatischen Corps verlangte **unabhängige Verurteilung der Schuldigen**, sowie das **Versprechen**, den verschiedenen beteiligten Regierungen die von ihnen geforderten

Kriegsentschädigungen zu zahlen, genügen würde. Wenn diese Bedingungen erfüllt sind, dürfte die Zurückziehung der Streitkräfte von Peking und Paotingfu erfolgen. Gleichzeitig würde die Zahl der Truppen in Tschili herabgemindert werden. Es werde indes vor März wegen des Zustands des Flusses und Hafens, sowie bei dem Mangel an Transportmitteln unmöglich sein, die Truppen einzuschiffen. Tientsin und die Nachbarschaft von Shanhaiwan würden von internationalen Truppen besetzt bleiben müssen, bis folgende Bedingungen erfüllt sind. Erstens müßte China beweisen, daß es willens und fähig sei, Frieden und Ordnung in der Provinz Tschili aufrecht zu erhalten und alle Missionare, sowie die andern Ausländer wirksam zu schützen. Zweitens müßte die Regierung erklären, in welcher Weise sie das Gold für die Zahlung der Entschädigungen zu beschaffen gedenke, die vorgeklagene Methode müßte die Billigung der Mächte finden. Im weiteren besagt der Brief, während der Uebergangszeit müßten internationale Truppen in folgenden Stationen bleiben: **2000 Mann in Peking** zum Schutz der Legationen, etwa **6000 Mann in Peking** Tientsin, Luai und Taku, **1500 Mann in Shanhaiwan**, kleine Besatzungen in sieben Stationen längs der Eisenbahn und in der Militärstation am Peiho. Die Städte Hsifu, Ratou und Tungshan würden bis zur Räumung von Tschili besetzt und die provisorische Regierung in Tientsin während der Uebergangszeit in Kraft bleiben. Wir können in diesem Schreiben kein Angelegen für eine baldige Lösung des Chinaproblems erblicken.

Selbst die Räumung Peking's und Paotingfu wird von der Volkstredung der von den Abalmächten geforderten Todesurteile abhängig gemacht. Unter den zu Exekutierenden befindet sich bekanntlich auch der sehr mächtige und vermögliche noch über eine starke Truppenzahl verfügende General Tungfuhliang. Auch die Frage der Kriegsentschädigung wird sich nicht aus dem Handgelenk heraus erledigen lassen.

Aber selbst wenn bis zum Frühjahr diese Dinge derart erledigt wären, daß die Zurückziehung der Truppen aus Peking und Paotingfu erfolgen würde, würde erst das Uebergangsstadium eintreten, das noch immer 12—15 000 Mann Besatzungstruppen erfordern würde. Da Rußland, Amerika und Japan nicht in Frage kommen, würde Deutschland den größeren Teil dieser Truppen zu stellen haben, und zwar auf einweiliger unabsehbarer Zeit. Wo zu noch die Verstärkung der Besatzung von Kiautschou kommen würde. Es liegt also nicht die mindeste Ursache vor, daß wir so billigen Kaufs aus dem China-Abenteuer dabonkommen würden.

Außerdem liegt gerade jetzt wieder eine Nachricht über **neue große Expeditionen** im Innern Chinas vor.

Aus Tientsin berichtet nämlich die „**Pres. Ag.**“: Die Deutschen sprengten das Arsenal von Tschili in die Luft. — Eine **große deutsche Expedition** hat Peking verlassen, sie marschiert nach der Hauptstadt von Schansi und nahm für 4 Wochen Vorräte mit. Ende März kommen die neuen, für das deutsche Expeditionscorps bestimmten Vorräte in Taku an, ebenso **Sommeranzüge**.

Das Sichereschließen in neue abenteuerliche Expeditionen und die Abwendung von Sommeranzügen spricht wahrhaftig nicht für die ernsthafte Absicht, China sobald als möglich zu räumen!

Weitere Expeditionen.

Waldersee meldet am 31. Januar aus Peking: Die Kolonnen Hoffmann und Auer sind ohne Zwischenfall zurückgekommen, da die Räuber durch vorzüglichen Nachrichtendienst rechtzeitig gewarnt worden sind.

Eine verhängnisvolle Explosion.

Die „**North China Daily News**“ melden: Bei der Ver-nichtung chinesischen Pulvers in Shanhaiwan wurden durch eine Explosion **40 japanische Soldaten** getötet und zwei englische Soldaten verwundet.

Ein Attentat.

Dem „**Standard**“ wird aus Tientsin gemeldet: In Peking hat gestern ein Däne Namens Lindberg seine Frau und dann sich selbst erschossen, nachdem er einen englischen Offizier verwundet hatte. Der letztere wird wahrscheinlich mit dem Leben davonkommen.

Ein Glück, daß die berühmten chinesischen Chemiker sich weniger rabiat gebärden!

Lezte Nachrichten und Depeschen.

Französische Deputiertenkammer.

Paris, 31. Januar. (W. L. B.) Die Deputiertenkammer nimmt bei schwach besetztem Hause die Erörterung des Vereinsgesetz-Entwurfs wieder auf. Beauregard bringt einen Antrag ein, der die Freiheit der Vereinsbildung fordert. Beauregard führt aus, auf Grund der Regierungsvorlage könnten Leute wegen Geheimbündel verhaftet werden, die sich im Café mit Zeitungslesen und Politik beschäftigten. (Beifall im Centrum.)

Ministerpräsident Waldeck-Roussieu erwidert, es sei in der Gesetzesvorlage genau bestimmt, was unter einer „Vereinigung“ zu verstehen sei.

Zu Artikel I werden mehrere Wänderungsanträge gestellt, darunter befindet sich ein von Renaudi-Rochère eingebrachter, welcher, nachdem Ministerpräsident Waldeck-Roussieu sich dagegen ausgesprochen, mit 309 gegen 232 Stimmen verworfen wird.

Sodann wird mit 353 gegen 93 Stimmen Artikel I, welcher den Begriff „Vereinigung“ definiert, angenommen und die Sitzung aufgehoben.

Im Senat wird die Generaldebatte über das Budget begonnen. Der Berichterstatter Dubost spricht sein Bedauern darüber aus, daß das Budget schlecht ausgefällt sei und daß in jedem Jahre Ergänzungskredite erforderlich seien. Dubost legt die Notwendigkeit dar, mit dem chronischen Defizit und dem Wirtschaften mit Ansehen zu brechen.

Der Ausstand in Paris.

Paris, 31. Januar. (W. L. B.) Die Untergrundbahn ließ heute nachmittag mehrere von neu angeworbenen Bediensteten geführte Probenzüge fahren; falls der Versuch gelingt, soll morgen der Verkehr trotz des Ausstandes teilweise wieder aufgenommen werden.

Der Krieg in Südafrika.

London, 31. Januar. (W. L. B.) Lord Ritscher telegraphierte heute aus Pretoria: General Knorr hat am 29. d. M. mit den Truppen **De Weits** südlich von Welcome ein **Gesicht** gehabt. Nach mehrstündigem ununterbrochenen Kampfe ließen die Boeren fünf Tote auf dem Schlachtfeld. Drei Boeren wurden gefangen genommen. Die Boeren haben eine große Anzahl Verwundeter mitgenommen. Auf englischer Seite wurden ein Offizier und ein Mann getötet, ein Major und zwei Mann verwundet. Western Abend haben die Truppen De Weits dann bei Israelsport die nach Bloemfontein führende Bahnlinie überdritten. Die Kolonne des Generals Bruce-Hamilton, welche in der Nähe lagerte, konnte nicht mehr mit dem Feinde in Fühlung kommen. General French säubert mit seiner Kavallerie und berittener Infanterie das Land östlich von Pretoria und Johannesburg zwischen den nach der Delagoa-Bai und Natal führenden Bahnlinien. Western stieß er im Thal des Wilge auf etwa 2000 Boeren. Der Feind zog sich indessen mit einem Verlust von vier Toten und neun Verwundeten zurück. Auf britischer Seite trugen die Verluste einen Toten und sieben Verwundete.

Bremerhaven, 31. Januar. (W. L. B.) Die Hobokener Brand-Lotastrophe wird am 11. Februar vor dem hiesigen Seericht zur Verhandlung kommen.

Giersu 2 Beilagen u. Unterhaltungsblatt.

Reichstag.

88. Sitzung vom Donnerstag, den 31. Januar 1901, 1 Uhr.

Am Bundesratsstische: Graf Posadowsky.

Die zweite Beratung des Etats des Reichsamts des Innern wird fortgesetzt bei den fortwährenden Ausgaben, Kapitel Allgemeine Fonds, Titel 9a: „Zur Förderung der Seefischerei 400 000 M.“

Abg. Träger (fr. Sp.):

Die deutsche Heringsfischerei befindet sich zum großen Teil in den Händen kleiner Gesellschaften, die meist nicht im Stande sind, irgend welchen Gewinn zu erzielen. Es dürfte sich empfehlen, der Heringsfischerei eine noch höhere Unterstützung zuzuführen als bisher.

Abg. Dr. Paschke (fr. Sp.):

wünscht Auskunft über die Art der Verwendung dieses Fonds zur Förderung der Seefischerei. Im letzten Jahre seien die Mittel nicht vollkommen aufgebraucht worden. Redner wünscht weiter eine internationale Vereinbarung über die Einfuhrung der Schonzeit in der Hochseefischerei.

Abg. Färst zu Jun- und Ruypphausen (L.)

schließt sich dem letzten Wünsche des Vorredners an.

Staatssekretär Graf Posadowsky:

Die Heringsfischerei wird von uns in umfangreichem Maße unterstützt. Diese Unterstützung hat aber ihre Grenzen, wir können unmöglich soweit gehen, daß wir die Gesellschaften noch in die Lage versetzen, Dividenden zu verteilen. Die Nauffischerei kann allerdings nur auf internationalem Wege beseitigt werden, wir behalten diese Frage fortgesetzt im Auge.

Der Titel wird hierauf bewilligt.

Für die Herausgabe der „Nachrichten für Handel und Industrie“ werden 30 000 M. verlangt.

Abg. Dr. Müller-Sagan (fr. Sp.):

Es ist erfreulich, daß sich das Reichsamt des Innern durch die Herausgabe dieser Nachrichten in den Dienst des öffentlichen Interesses gestellt hat. Die Mannigfaltigkeit und Zuverlässigkeit der Informationen verdient besonders hervorgehoben zu werden.

Abg. Müller-Duisburg (natl.)

spricht gleichfalls dem Staatssekretär seinen Dank für dieses Unternehmen aus.

Abg. Dr. Müller-Sagan (fr. Sp.):

beklagt es gegenüber dem Abg. Müller, daß die Verhandlungen des Wirtschaftlichen Ausschusses hinter verschlossenen Türen stattgefunden haben.

Der Titel wird bewilligt.

Zur Einrichtung und Unterhaltung von Postdampfer-Verbindungen mit Afrika werden 900 000 M. gefordert (450 000 M. mehr als im Vorjahre).

Abg. Dr. Certeil (L.):

Die „Deutsch-Ostafrikanische Zeitung“ beklagt sich darüber, daß die Unterstützung auf der deutschen Ostafrika-Linie überaus langsam vor sich gehe; die Güter sollen zu lange in Hamburg lagern. Auch sollen von dieser subventionierten Linie die englischen Häfen vor den deutschen bevorzugt werden. (Hört! hört! rechts.) Auch Professor Klittner hat über eine Reise mit dieser Linie berichtet und spricht von mangelnder Reinlichkeit auf den Schiffen dieser Gesellschaft und inhumaner Behandlung sowie Überlastung der Arbeiter.

Staatssekretär Graf Posadowsky:

Durch den südafrikanischen Krieg ist es in letzter Zeit häufig vorgekommen, daß die Dampfer dieser Linie sehr überfüllt waren. Unter solchen Umständen sind mannigfache Unbequemlichkeiten für die Passagiere kaum zu vermeiden.

Die betreffende Gesellschaft bestreitet im übrigen die Berechtigung der hier vorgebrachten Klagen. Ich werde mich noch einmal an sie wenden und dafür sorgen, daß etwaige Mängel abgestellt werden.

Der Titel wird bewilligt.

Zur Förderung des Absatzes landwirtschaftlicher Erzeugnisse und zur Unterstützung wissenschaftlicher Forschungen auf dem Gebiet der Landwirtschaft werden zum erstenmal 50 000 M. gefordert.

Abg. Frhr. v. Wangenheim (B. d. L.)

begrüßt die Einsetzung dieses Postens, hofft aber, daß die Summe in Zukunft erheblich erhöht werden möge. Redner wendet sich des weiteren gegen die Behauptung des Abg. v. Siemens, daß die Landwirtschaft nicht genug Viehzucht treibe. Herr Dr. v. Siemens hat weiter behauptet, daß die Anbaufläche für Getreide in Deutschland seiner großen Ausdehnung mehr fähig sei. Er hat dabei aber außer acht gelassen, daß noch große Moorflächen durch Meliorationen kulturfähig gemacht werden können. Redner geht noch weiter auf die Rede des Abg. v. Siemens ein, wird aber vom Präsidenten Grafen Ballestrem daran erinnert, daß diese Ausführungen nicht zur Sache gehören.

Der Titel wird bewilligt. Ebenso der Rest des Kapitels.

Bei Kapitel 7b, Titel Reichs-Schulkommission verteidigt.

Abg. Dr. Müller-Sagan (fr. Sp.):

zist Resolution, die den Reichskanzler ersucht, baldigst geeignete Schritte zu thun, um für das Reichsgebiet und, soweit angängig, auch für die benachbarten deutschen Sprachgebiete von Österreich-Ungarn und der Schweiz eine möglichst gleichmäßige deutsche Rechtschreibung zu erzielen.

Staatssekretär Graf Posadowsky:

Seitens des preussischen Kultusministeriums ist eine erneute Prüfung der sogenannten Puttkamerischen Orthographie im Gange. Es werden aber, soweit sich die Sache bis jetzt übersehen läßt, nur geringe Änderungen notwendig sein, so daß jedenfalls die alten Schulbücher nicht unbrauchbar werden. Andererseits hat sich die württembergische Regierung an den Herrn Reichskanzler gewandt, ob nicht über eine einheitliche deutsche Rechtschreibung Vereinbarungen bei sämtlichen deutschen Regierungen anzubahnen seien. Der Herr Reichskanzler ist auf diesen Vorschlag eingegangen. Die Verhandlungen werden natürlich auf Grund des jetzt in Preußen bestehenden Systems geführt werden und nicht etwa auf Grund der sogenannten Sprache des Bürgerlichen Gesetzbuchs. Die Ausdehnung der einheitlichen Rechtschreibung auf die deutschen Sprachgebiete in andern Ländern ist ja sehr wünschenswert, aber doch mit großen Schwierigkeiten verbunden.

Abg. Eichhoff (fr. Sp.):

bringt seine Freude darüber aus, daß das höhere Schulwesen jetzt in neue, gesunde Bahnen einlenke. Die Reichs-Schulkommission muß sich ferner mit den unglücklichen Zuständen befassen, die in den süddeutschen und staatlichen Gymnasien der beiden Reichsländer herrschen. Die Lehrer werden aufs äußerste ausgedehnt und sind auf Privatstunden angewiesen. Ein Recht auf Pensionierung haben sie nicht. Ein 73-jähriger Greis ist an einem Gymnasium noch Gelehrter. (Hört! hört!) In Neustrelitz liegt der gesamte Unterricht in der Sexta und Quinta auch im Lateinischen in den Händen von Volksschullehrern. Das gesamte Schulwesen ist dem großherzoglichen Konfessionsrat unterstellt, das aus einem Juristen und zwei Theologen besteht.

Staatssekretär Graf Posadowsky:

Die Aufgabe der Reichs-Schulkommission ist, Gutachten darüber abzugeben, ob der Lehrplan einer Schule den Anforderungen entspricht, die an die Gewährung der Zulassung zum Einjährigendienst zu stellen sind. In die innere Verwaltung der Schulen darf sie sich nicht einmischen.

Abg. Dr. Certeil (L.):

Das alte Schulmeisterbüchlein regt sich in mir bei dieser Debatte. (Heiterkeit.) Ich bin immer der Ansicht gewesen, daß die Realgymnasial-Abiturienten unterchiedlos zu allen akademischen Studien zugelassen sind. Für den Antrag Müller-Sagan werde ich stimmen, verspreche mir aber nicht viel davon. Hat doch heute Kollege Wech in einer Kommission erklärt: Meine Orthographie lasse ich mir nicht nehmen. (Heiterkeit.)

Abg. Wech (fr. Sp.):

betrachtet die deutsche Rechtschreibung als eine nationale Angelegenheit von höchster Bedeutung. (Heiterkeit.) Die ganze Verwirrung sei durch die Puttkamerische systemlose Reform gekommen. Es müßte nach einem festen System, und zwar nach der Etymologie der Wörter, eine orthographische Reform vorgenommen werden.

Abg. Dr. Sasse (natl.)

gibt dem Einverständnis seiner politischen Freunde mit dem Antrag Müller-Sagan Ausdruck.

Der Titel wird bewilligt, die Resolution Müller-Sagan wird mit großer Mehrheit angenommen.

Bei Kapitel 10, Statistisches Amt, bemängelt

Abg. Thiele (Soc.):

die Statistik, die den Gewerbe-Inspektions-Berichten beigegeben ist. Es fehlt in dieser Statistik der Prozentfuß der revidierten Betriebe. Ebenso fehlen Mitteilungen über den Ausgang der Strafverfahren wegen Nichtbeachtung der Unfallverhütungs-Vorschriften. Gerade angesichts der Thatsache, daß die Inspektoren über die zu milden Strafen klagen, wäre eine solche Zusammenstellung sehr erwünscht. Wäre dies erfolgt, so würde sich ergeben, daß in Preußen bei 14 326 Anzeigen nur 900 Verurteilungen erfolgt sind. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) In den Jahren 1897 bis 1899 ist im Bezirk Waldeck eine einzige Anzeige erfolgt, ebenso in Lübeck. Sehr richtig wäre ferner eine Zusammenstellung, in wie viel Fällen von der Staatsanwaltschaft Verurteilung gegen zu milde Urteile eingeleitet ist.

Die Statistik über die Verhältnisse im Bergbau müßte z. B. eine Uebersicht über das Verhältnis von Schichtlohn und Accordlohn enthalten. Das Wichtigste wäre aber eine genaugere Produktionsstatistik. Gerade jetzt wäre eine solche Statistik über die Landwirtschaft sehr erwünscht. Durch eine solche Statistik würde auch das bewiesen, daß die Getreidezölle dem kleinen Bauern nichts nützen können. Sehr interessant wäre ferner eine Statistik über die Preisbestimmung der Waren. Es würde sich daraus ergeben, eine wie geringe Rolle die Arbeitslöhne bei dieser Preisbestimmung spielen. Eine Produktionsstatistik über den Kohlenbergbau würde auch die Haltlosigkeit der Behauptung erweisen, daß die Kohlensteuerung durch Streiks oder durch Lohn erhöhungen herbeigeführt worden ist. Wenn die Kohlen um einen halben Pfennig pro Tonne teurer geworden wären, so könnte das vielleicht auf eine Lohnerhöhung zurückzuführen sein; aber die Kohlen sind pro Tonne ja um 1-2 M. und noch höher im Kleinhandel im Preise gestiegen. Eine solche Statistik würde auch zeigen, daß jeder Bergmann dem preussischen Staate 538 Mark jährlich verdient. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Wie kann man da von der Unerfährtheit der Vergleute sprechen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) In zehn Jahren hat eine Bergwerks-gesellschaft, die mit zehn Millionen Kapital arbeitet, über 29 Millionen Mark Reingewinn gehabt. Bei dieser Privatgesellschaft hat jeder Bergmann 507 M. jährlich Reingewinn produziert. Solche Zahlen müßten amtlich bekannt gemacht werden, mit solchen Zahlen läßt sich in die Eingeweide der bürgerlichen Gesellschaft hineinleuchten. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.)

Die Lage der Arbeiter im Mansfeldischen Bergbau habe ich schon bei früheren Gelegenheiten eingehend geschildert. Ich habe dabei den Fall des Steiger Rothke mitgeteilt. Herr Dr. Arendt hat die Wichtigkeit meiner Angaben bestritten und zwar am letzten Tag der Beratung, so daß ich ihm erst heute antworten kann. Wenn ich dem Steiger Rothke unrecht getan hätte, so würde ich das läpp und klar zugeben. Soweit ich aber über den Fall Klarheit bekommen habe, bin ich nicht in der Lage, von meinen damaligen Behauptungen etwas zu widerrufen. Ich hatte behauptet, daß der Steiger Rothke für den Bau seiner Häuser Material und Arbeiter der Mansfelder Gewerkschaft benutzt habe. Die Rechnungen, die Herr Dr. Arendt vorgelegt hat, um das zu widerlegen, machen nach der Ansicht eines Sachverständigen den Eindruck, daß sie nachträglich zurecht gemacht worden sind. Auffallend ist jedenfalls, daß Rothke, der lange Jahre dort Steiger war, gleich nachdem er sich 1888 zwei Häuser gebaut hatte, von der Gewerkschaft fortging nach einer freunden Stadt. Er ist von der Gewerkschaft gewissermaßen weggejagt worden, die ihm ein glänzendes Zeugnis ausstellte. Herr Arendt hat weiter... (Glocke des Präsidenten.)

Vizepräsident v. Frege: Herr Abgeordneter, ich glaube, Sie haben jetzt Ihre Erwiderung gegenüber dem Herrn Abg. Arendt vollständig erledigt und bitte Sie, wieder zu dem eigentlichen Thema zurückzulehren.

Abg. Thiele (Soc.) fortfahrend: „Ob und wie“ (Heiterkeit) Herr Arendt recht hatte, darauf muß ich doch noch in etwas eingehen. Ich hatte auf die sittlichen Zustände in dem Gebiet der Mansfelder Gewerkschaft hingewiesen, und Herr Dr. Arendt hat es dann so hingestellt, als ob diese Verhältnisse nicht zu wünschen übrig läßen. Ich bin daher genötigt, auf einzelne Fälle einzugehen... (Glocke des Präsidenten.)

Vizepräsident v. Frege: Herr Abgeordneter, Sie wollen wieder ein ganz neues Gebiet betreten. Das geht nicht an. Sie werden gewiß Gelegenheit finden, bei einer andren Position des Etats auf diesen Fall zurückzukommen.

Abg. Thiele (Soc.) fortfahrend: Ich muß mich dann fügen. Zweifellos gehört es aber zum Thema, welche Entlohnung in der Mansfelder Gewerkschaft üblich ist. Dort besteht nämlich ein ganz niederrückiges Entlohnungssystem. Die Förderung — ein bestimmtes Gedinge — wird dort an den Mindestbietenden versteigert und die Vergleute unterbieten sich auf diese Weise gegenseitig. Es kommt vor, daß bei diesem inhumanen Lohnsystem ein Bergmann 48 M. pro Monat verdient. Die Gewerkschaft geht aber, wenn der Arbeiter zu viel bei einem Gedinge verdient, von dem Gedinge ab und deträgt dadurch gewissermaßen ihre Arbeiter. Das müßte statistisch festgestellt werden. Auch die Kinderarbeit ist gerade im Mansfeldischen Bergbau sehr verbreitet. In einer Broschüre behauptet Hauptmann Schmilch, daß die Mansfelder Gewerkschaft betrügerische Bilanzen aufstellt, weil sie ihr Immobilienvermögen darin nicht angibt, vielleicht, um von der Steuer nicht zu sehr getroffen zu werden. Die Vorschläge des Rectors Strombed in Gisleben stellt sei, wie schädlich sich die Gesellschaft in der Entschädigung der Hausbesitzer zeigen kann, die durch die Entlohnungen der Häuser infolge des Bergbaus geschädigt worden sind... (Glocke des Präsidenten.)

Vizepräsident v. Frege: Wir haben aber keine Statistik der Erdbeden. (Heiterkeit.)

Abg. Thiele (fortfahrend): Wenn das Statistische Amt derartige Dinge veröffentlichte (Große Heiterkeit), bräuchten wir sie hier nicht zu besprechen. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Dr. Arendt (Rp.):

Gegenwärtig ist den Geschädigten in Gisleben ihr Recht voll geworden. Als die Entlohnungen zuerst austraten, war Geheimrat Zaulsner der Ansicht, daß die Entlohnungen nicht auf den Bergbau zurückzuführen seien. Dieser wissenschaftlichen Anschauung mußte er Ausdruck geben. Jetzt herrscht wieder voller Frieden in Gisleben. Die vorstellige Bewertung ihres Vermögens durch die Gewerkschaft kann niemand schädigen. Die Reserven, die so geschaffen wurden, haben die Gewerkschaft über die schweren Jahre hinweggeholfen, als der Betrieb nur im Interesse der Arbeiter fortgeführt wurde. Deshalb halten die Beschlachten in Mansfeld auch so teuer zur Gewerkschaft. (Sehr richtig! rechts.) Daß die Landtagswahl von der Gewerkschaft geleitet wird, ist doch selbstverständlich. Sie ist der größte sociale Faktor im Kreise und da muß sie Einfluß auf die Personennfrage haben. Ohne jugendliche Arbeiter ist der Mansfelder Bergbau nicht möglich. Ist denn der Schaden so groß, wenn ein paar Kinder nach der Konfirmation einige Wochen, bevor sie vierzehn Jahre alt sind, dort beschäftigt werden. Die sittlichen Zustände lassen überall zu wünschen übrig, also auch in Mansfeld. Nur darf man nicht so verallgemeinern. Steiger, die sich stillos vergebend, werden von der Gewerkschaft nicht gebildet. Redner geht dann nochmals ausführlich auf den Fall Rothke ein. Rothke ist seit 1889 nicht mehr im Mansfeldischen, kann aber trotz der langen Zeit seine Rechnungen vorlegen. Nun kommt Herr Thiele heute mit einer neuen Verächtlichung und sagt, der Sachverständige habe den Eindruck gehabt, die Rechnungen seien zurecht gemacht. Ich habe die Rechnungen, es sind augenscheinlich alte Rechnungen. Was geht die Sache den Reichstag an? Zur Entscheidung solcher Dinge sind die Gerichte da. (Sehr wahr! rechts.) Herr Thiele, Sie müssen die Ehrenkränkungen außerhalb des Reichstags wiederholen, sonst bleibt die Sache auf Sie (Große Heiterkeit) sitzen. Ich fordere den Herrn Abg. Thiele auf, den Fall morgen in seinem „Volksblatt“ in Halle zu veröffentlichen, wenn er seiner Sache so sicher, damit endlich eine gerichtliche Entscheidung herbeigeführt werden kann. (Bravo! rechts.)

Präs. Graf Ballestrem:

Nachdem der Fall des Steiger Rothke einmal hier angeschnitten war, mußte ich die Erwiderung des Herrn Abg. Arendt zulassen. Ich werde aber nicht dulden, daß bei diesem Titel weiter auf diesen Fall eingegangen wird.

Abg. Schrader (fr. Sp.) wünscht eine gemeinverständliche Berufsstatistik, die weiteren Kreisen zugänglich zu machen wäre.

Staatssekretär Graf Posadowsky:

Es ist richtig, daß der Prozentfuß der revidierten Betriebe in der den Berichten der Gewerbe-Inspektoren beigegebenen Tabelle fehlt. Das liegt daran, weil der Kreis der revisionspflichtigen Betriebe in den einzelnen Staaten eine verschiedene ist. Ich habe ein Verzeichnis sämtlicher revisionspflichtigen Betriebe aufgestellt und die einzelnen Regierungen ersucht, auf Grund dieses Verzeichnisses unter Auslassung der anerkend bei ihnen revisionspflichtigen Betriebe eine Statistik aufzustellen. Was die Produktionsstatistik anlangt, so haben wir diese nur aufstellen können, indem wir uns gegenüber den Herren, die das Material lieferten, zur möglichsten Geheimhaltung verpflichteten. Wir dürfen nicht soweit in der Statistik gehen, daß schließlich die eine Hälfte der Menschheit nichts andres zu thun hat, als für die andre Hälfte statistische Arbeiten zu machen. (Sehr gut! rechts.)

Damit schließt die Diskussion.

Persönlich bemerkt Abg. Thiele (Soc.): Herr Arendt hat mich aufgefordert, den Fall Rothke in meinem Blatte zu veröffentlichen. Ich habe dazu keinen Anlaß. (Hört! hört! rechts.) Ich habe gesagt, worauf ich mein Urteil gründe, und jeder Mensch mit fünf Sinnen wird nun urteilen können, wer recht hat, Herr Arendt oder ich.

Abg. Arendt (persönlich): Ich habe Herrn Thiele nicht erst heute, sondern schon vor einem Jahr aufgefordert, es auf gerichtliche Entscheidung ankommen zu lassen. Wenn Herr Thiele seine Beschuldigung nicht beweisen kann, so darf er die Tribune des Reichstags und seine Unverleglichkeit als Abgeordneter nicht derart mißbrauchen. (Sehr richtig! rechts.)

Abg. Thiele: Herr Dr. Arendt schätzt offenbar den Wert seiner eignen Mitteilungen sehr niedrig ein, wenn er vermutet, daß der Steiger Rothke sich durch seine Verteidigung nicht befriedigt fühlen kann.

Abg. Arendt: Herr Thiele wird es mir überlassen müssen, wie ich meine Ausführungen einschätze. Darauf kommt es aber hier nicht an, sondern auf die gerichtliche Feststellung des Thatbestands, die Herr Thiele ablehnt.

Abg. Thiele: Es entspricht nicht meiner Gewohnheit, Debatten unnötig in die Länge zu ziehen. Ich brauche von dieser Gewohnheit umso weniger abzugeben einem Herrn gegenüber, der sich im Hause wiederholt als Luftiger August ausgepielt hat. (Unruhe rechts.)

Präsident Graf Ballestrem: Wegen des letzten Ausdrucks rufe ich den Herrn Abg. Thiele zur Ordnung.

Das Kapitel wird bewilligt.

Hierauf verlagt das Haus die Weiterberatung auf Freitag 1 Uhr.

Schluß 5/2 Uhr.

Abgeordnetenhaus.

16. Sitzung vom Donnerstag, 31. Januar, 11 Uhr.

Das Haus erlebte zunächst den Rest des Etats der landwirtschaftlichen Verwaltung unter Aushebung der auf die Kuffst über die Hypothekendarlehen bezüglichen Anträge.

Es folgt die zweite Lesung des Justizetats. Die Einnahmen werden bewilligt, nachdem

Abg. Noelle (natl.) die Herabsetzung der Gerichtsgebühren durch eine bald einzubringende Vorlage gefordert hat.

Beim Ausgabebetitel „Minister“ bemerkt

Abg. Belsaohn (fr. Sp.):

Nach dem Gesetz erfolgt die Ernennung der Rotare aus dem Kreise der vorhandenen Rechtsanwälte. Bei den Rotar-Ernennungen wird nun nicht nach der Anciennität verfahren. Es scheint kein Zufall zu sein, daß die jüdischen Rechtsanwälte zurückgesetzt werden. In Berlin werden immer zwei Drittel Christliche und ein Drittel jüdische Rotare ernannt. Auch in kleinen Städten sind vielfach ältere jüdische Rechtsanwälte abgegangen worden. Nach welchen Grundsätzen verfährt der Minister bei der Ernennung zu Rotaren? Es liegt hierin ein Verstoß gegen die Verfassung. Jüdische Anwälte können erst nach 18 Jahren zum Rotarier, Christliche Anwälte schon nach acht Jahren. Es ist übrigens nicht Erwerbszweck, der die jüdischen Anwälte in den Anwaltsstand treibt, denn es sieht auch fest, daß jüdische Anwälte vier bis fünf Jahre länger warten müssen, als Christliche, ehe sie Richter werden. (Beifall links.)

Justizminister Schöndert:

Herr Belsaohn ist bei seiner Anfrage von einem unrichtigen Gesichtspunkt ausgegangen. Bei der Ernennung von Rotaren kann doch nicht das Interesse der konkurrierenden Rechtsanwälte, sondern nur das Interesse der Bevölkerung maßgebend sein. (Sehr richtig! rechts.) In Berlin sind unter den 851 Rechtsanwälten 526 jüdische, also 61% und von den 156 Rotaren 65 jüdische Rotare, also mehr als ein Drittel. Ich muß es ablehnen, über die Gründe, die mich bestimmen, bei der Ernennung von Anwälten zu Rotaren hier Auskunft zu geben. Ich vollziehe diese Ernennung nach meinem besten Wissen und Gewissen. Ich würde es nicht verantworten können, in einer Stadt wie Berlin so viel jüdische Rotare anzustellen, wie ich müßte, wenn ich nach

Wahrgabe ihres Prozenzfalles und ihres Dienstalters in der Berliner Anwaltschaft verfahren würde. Es würde sicher in der Bevölkerung Entschiedenheit hervorzurufen, wenn sie in Geschäften, bei denen sie eines juristischen Vertrauensmanns bedarf, fast ausschließlich auf die Verwendung jüdischer Notare angewiesen wäre. Es soll damit kein Vorwurf gegen die jüdischen Rechtsanwalte ausgesprochen sein. Es giebt unter ihnen sehr ehrenwerte, hoch achtbare und geistig hervorragende Elemente. Von einer Verlegung der Verfassung kann doch gar keine Rede sein, und ich glaube, die dahin zielende Bemerkung des Herrn Vorredners war nicht ernstlich gemeint. (Rufe links: Doch! doch!) Wenn ich die Notare wirklich nach dem Prozenzfalle der jüdischen Rechtsanwalte in Berlin ernennen würde, so würde es in Berlin in zehn Jahren kein einen christlichen Notar geben. Die Zahl der jüdischen Rechtsanwalte in Berlin ist in den letzten Jahren von 204 auf 288 Proz. gestiegen, hat also eine erhebliche Zunahme erfahren; und dieser Prozenzfalle wird noch steigen, denn die Anstellung jüdischer Assessoren im Richterstande bietet noch größere Schwierigkeiten als die Ernennung zu Notaren. (Hört! hört! links.) Ich hätte nicht geglaubt, daß gerade der Justizverwaltung ein Vorwurf nach der beregten Richtung hin gemacht werden würde; ist sie doch die einzige, welche jüdische Bewerber aufstellt. (Lebhaftes Hört! hört! links.) Andere Verwaltungen lehnen die Bewerbungen von Juden grundsätzlich ab. (Lebhaftes Hört! hört! links.) Ich erkenne an, daß die Juden nach der Verfassung gleichberechtigt sind, aber ich kann nicht anerkennen, daß jeden, der sein Examen bestanden hat, ein gesetzliches Anrecht auf eine Anstellung im Staat gewährt ist. Es wird von Fall zu Fall entschieden und bei jeder erledigten Stelle geprüft, ob die Verhältnisse die Anstellung oder Ernennung eines Juden gestatten oder nicht. Das ist ja auch den Berliner Rechtsanwalten sehr gut bekannt. Jüdische Rechtsanwalte haben mir häufig selbst zugegeben, daß Schwierigkeiten vorhanden sind, wenn sie auch für ihre Person diese Schwierigkeiten beklagen. (Beifall rechts, lebhaftes Lärmen links.)

Abg. Dr. Barth (freis. Sp.): Der Minister hat den Grundsatz aufgestellt, daß er nicht verpflichtet sei, die Gründe für seine Verwaltungsmassnahmen dem Hause anzugeben. Ich meine, die Minister sind gerade dazu da, über die Grundsätze, die sie für ihre Verwaltung maßgebend sein lassen, dem hohen Hause Auskunft zu geben. Doch der Herr Minister ist ja nach diesem Grundsatz nicht verpflichtet, sondern hat entgegen diesem Grundsatz Auskunft über die Gründe seiner Verwaltungsmassnahmen gegeben. Diese Auskunft hat allerdings mein Herr Herr Erstaunen hervorgerufen. (Sehr richtig! links.) Der Minister sagt, nicht das Interesse der konkurrierenden Rechtsanwalte, sondern das Interesse der Bevölkerung ist für ihn maßgebend. (Sehr richtig! rechts.) Sie sagen „sehr richtig“, es kann sich aber hier nur um eine subjektive Auffassung des einzelnen Ministers handeln. In unserer Verfassung ist nicht von einem Interesse der Bevölkerung, sondern von vollständiger Gleichberechtigung der Konfessionen die Rede, und nur die Verfassung kann die Grundlagen für ministerielle Massnahmen abgeben. Was der Minister Interesse der Bevölkerung nennt, sieht in unmittelbarem Widerspruch zu Artikel 12 der preussischen Verfassung. Das gegen die Zugehörigkeit zu irgend einer Konfession jemand nicht schlechter behandelt werden darf, ist einer der wichtigsten Grundsätze unserer Verfassung, und ein Minister durchbricht die Verfassung, der dafür, sie willkürlich interpretierend, das sagt, was er das Interesse der Bevölkerung nennt. (Sehr richtig! links.) Der Minister erklärte ausdrücklich: es wird gefragt, ist der betreffende Jude oder Christ und der Jude wird zurückgelehnt. Das ist eine grundsätzliche Benachteiligung der jüdischen Rechtsanwalte. Es wird mir gesagt, daß im Justizministerium eine jüdische und eine christliche Liste der Rechtsanwalte geführt wird. (Große Heiterkeit links.) Es soll sogar noch eine dritte geben, die Liste der getauften Juden. (Erneute Heiterkeit.) Die getauften werden nicht so schlecht behandelt, wie die wirklichen Juden, aber immer noch nicht so gut, wie die christlichen. (Große Heiterkeit.) Ich gebe besonders dem Centrum, das ja ein feines Verständnis für Parität hat, zur Erwägung anheim, ob hier nicht eine Forderung angezeit erscheint. Die Verfassung will doch gerade, daß konfessionelle Unterschiede nicht gemacht werden sollen. Der Justizminister beanspruchte noch ein ganz besonderes Lob dafür, daß er nicht ganz so schlecht ist, wie die anderen Verwaltungen. Bis zu welchem Punkte sind wir allmählich gelangt? Wenn das deutsche Volk schon dafür reif oder ich will besser sagen, so tief gesunken ist (Lebhaftes Lärmen rechts) — ja ich würde das für eine moralische Verfehlung halten — daß es die Gleichberechtigung der Konfessionen nicht mehr ertragen kann, dann ändern Sie die Verfassung. (Sehr gut! links.) So lange aber die Verfassung besteht, soll man aber auch den Mut haben, sie zu

wahren und ich bedauere lebhaft, daß der Justizminister gerade diesen Mut nicht gehabt hat. Ich bedauere seine Erklärung, die nicht nur dem Geiste der Verfassung schunstracks widerspricht. (Lebhafter Beifall links, Lärmen rechts.)

Ein Vertagungsantrag wird angenommen.
Nächste Sitzung Montag, den 4. Februar (erste Lesung der Kanalvorlage).

Parlamentarisches.

Die Budgetkommission begann am Donnerstag die Verhandlungen über den Postetat mit einer allgemeinen Diskussion über die Einnahmen. Der Etatsmäßig vorgesehene Ueberschuß aus der Postverwaltung beträgt für 1901 84 Millionen Mark. Dabei wurde eine Nachweisung über die Höhe der Einnahmen aus den einzelnen Fächern: Brief-, Telegramm- und Paketbeförderung verlangt und über den in voriger Session nicht erledigten Post-Verkehr und über die Resultate der im vorigen Jahre beschlossenen Postreform-Tarifermäßigung gesprochen. Die Redner der Mehrheitsparteien Möller (natl.), Bachem (C.), Oriola (natl.), Pichler (C.), Müller-Pulda (C.), vertraten den Standpunkt, daß 1. Ueberschüsse nach Möglichkeit erzielt werden müßten und daß 2. in denjenigen Zweigen der Postverwaltung, die Zuschüsse erfordern, Tarif-Veränderungen notwendig seien. Pöbdelesi verlangte in längeren Ausführungen vom Standpunkt der Verwaltung aus, angesichts der Reform der letzten Jahre nummehr eine Pause, indem er auf, nicht zu viel Lärme in seine Verwaltung zu bringen. Die Einführung des Post-Verkehrs, die er seiner Zeit sehr befürwortet habe, sei am Widerspruch der Finanzverwaltung gescheitert, die aus den Bedingungen, die damals vereinbart waren, Rückschlüsse für die Einnahmen gefürchtet habe. Von Seiten der Linken vertrat Singer sehr energisch den Standpunkt, daß die Post nicht nur zu fiskalischer Blutmacherei da sei, sondern als ein den Gesamtinteressen des wirtschaftlichen Lebens und dem Verkehre dienendes Institut aufzufassen sei. Nach des Redners Meinung würden die vorläufigen Mindereinnahme der letzten Reformen durch gesteigerten Verkehre sehr bald ausgeglichen sein. Man solle durch Tarif-Erhöhung und Verkehrserschwerung nicht die Heime schlachten, die die goldenen Eier legt. Die Post bilde ein einheitliches Institut, und wenn einzelne Zweige Zuschüsse erfordern, so würden diese durch Ueberschüsse auf andern Gebieten vollständig ausgeglichen. Man könne die Postverwaltung nicht so einrichten, daß jeder einzelne Zweig einen bestimmten Ueberschuß abwirft, sondern man müsse das Unternehmen im ganzen beurteilen. Man mache sich auch ein falsches Bild von den Ueberschüssen, indem man vergesse, daß wie in keiner andern Verwaltung, bei der Post alle Bauten und großen Anlagen, die Jahr für Jahr Millionen erfordern, aus den laufenden Einnahmen gedeckt werden. Im einzelnen vertrat Redner den Standpunkt, daß die Einführung des Post-Verkehrs wünschenswert und notwendig sei, daß man aber nicht darauf rechnen dürfe, diese Einrichtung lebensfähig zu machen, wenn man höhere Gebühren, als die Privatinststitute hätten, einführe. Stillstehen dürfe die Reform nicht, wie Herr v. Pöbdelesi verlange, sondern müsse weitergehen: Vor allem müsse eine Verbilligung der Postanweilungs-Gebühren bis zur Höhe von 20 Mark eingeführt werden. Die geplante Einrichtung der Lettres-box (Special-Briefkästen für Geschäfte) auf den Postämtern wird vom Redner gebilligt. Natürlich könne diese Einrichtung nur nützlich wirken, wenn sehr häufige Besuche berechnet würden, wobei in Betracht zu ziehen sei, daß auch dadurch, daß die Firmen die Postsendungen selbst abholen, für die Postverwaltung Ersparnisse entstünden.

Diese allgemeine Diskussion über die Einnahmen der Postverwaltung wurde wegen Beginn der Plenarsitzung abgebrochen und auf morgen vertagt.

Berliner Partei-Angelegenheiten.

Erster Berliner Reichstags-Wahlkreis. Dienstag, den 5. Februar, abends 8 Uhr: Öffentliche Versammlung bei Cohn, Beuthstraße 20. Vortrag des Reichstags-Abgeordneten Bollmar: Sozialpolitik in Deutschland und in Frankreich. Zahlreichen Besuch erwarten. Die Vertrauenspersonen.
Trepow-Vanuschelweg. Am Sonntag findet eine Flugblatt-Verbreitung statt. Die Genossen werden gebeten, sich pünktlich und zahlreich vormittags 1/2 11 Uhr im Lokale des Herrn Stauffeldt einzufinden.

Vermischtes.

Die Ueberschwemmungsgefahren dauern noch fort. Die Strecke Hasserode-Jüßfeld der Nordhausen-Eisenbahn ist seit gestern nachmittags 4 Uhr infolge Schneeverwehungen unpassierbar. — Einen schweren Eisenbahnunfall hat der vorgestrigte Schneesturm verursacht. Aus Elm wird hierüber amtlich gemeldet: Gestern nachmittags kurz nach 4 Uhr, bei starkem Schneesturm, stieß der von Gemünden herkommende Personenzug 1005, aus dem Oberberg-Tunnel kommend, auf einen bis über das Einfahrts-Signal in Bahnhof Elm hinausstehenden Güterzug. Beide Züge waren mit 2 Maschinen bespannt. Die 4 Maschinen und 5 Wagen wurden beschädigt. Ein Heizer erlitt einen Unterschenkelbruch, acht Reisende erlitten leichte Verletzungen, welche ärztliche Eingriffe nicht erforderten. Der Unfall ist hauptsächlich durch den Schneesturm verursacht, welcher das Berstehen der abgegebenen Befehle und Rangiersignale unmöglich machte. Die Untersuchung ist im Gange. — Der Rhein ist bei Köln seit gestern von 3,79 auf 4,19 Meter gestiegen. Vom Oberrhein wird weiteres Steigen gemeldet. Die Mosel ist um 21 Centimeter auf 3,17 Meter und der Redar um 76 Centimeter gestiegen. — In Emden wird der Schaden, den die Sturmflut am Außenhafen verursacht, auf etwa 400 000 M. veranschlagt.

Wetter-Prognose für Freitag, den 1. Februar 1901.
Etwas kälter, teils heiter, teils neblig mit leichten Schneefällen und schwachen südlichen Winden.
Berliner Wetterbureau.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet Montag, Dienstag, Donnerstag und Freitag von 7-9 Uhr abends statt.
Tribüne. Ist und unbekannt.
S. D. Der Bauer veranlaßt, was Sie nicht zu wissen scheinen, auch Bied. Butter, Eier, Gemüse, Obst usw.
S. G. Senden Sie sich an Willy Friedländer, Eisenerstr. 26.
Straßen-Rummelburg und andre. Wie oft sollen wir wiederholen, daß Veranlassungsberichte nur auf einer Seite des Papiers niedergeschrieben werden dürfen.
Kassengehäst. Nennen Sie uns nun auch Ihre Adresse oder kommen Sie zu uns auf die Redaktion.
C. T. Vorsitzender des Präsidiums des Volksheiligtümervereins ist Herr Staatsminister Dr. Graf v. Poladowitz-Wehner, Wilhelmstraße 74. Schriftführer Herr Stadtrat Dr. Panwitz, Charlottenburg, Anselmstr. 29. Aufnahmegebühr sind zu richten an die Direktion der Heiligtümer am Grabensee bei Oranienburg; vor der Aufnahme hat eine ärztliche Untersuchung entweder in der Heiligtümer oder in der Herzoglichen Klinik, Charlitz, zu erfolgen.
H. B. II. Profetiarier nannte man im alten Rom die Bürger, welche nicht mehr als den niedrigen Vermögensstand der fünften Klasse besaßen. Das Wort soll von Profes (Nachkommen) stammen, weil die Profetiarier angeblich nur durch diese dem Staate nützlich waren. — Beschaffen Sie sich die „Geschichte der Sozialdemokratie“.
C. S. 7. Die Verhältnisse dieses Genossen sind uns nicht genügend bekannt.
C. N. 121. An solchen Kassen giebt es: Central-Kranken- und Begräbnis-Kasse für Frauen und Mädchen (Ostenhof a. M.), Vorsitzende Frau L. u. g., Berlin, Wilhelmstr. 21; und Berliner Kranken-Unterstützungs- und Begräbnis-Berein für Frauen und Mädchen, Vorsitzende A. Müller, Waldemarstr. 48.
M. G. Basel. Bebel hat den Widerspruch gethan.
H. B. G. 00. 1. Schwäche normal, allgemeine Körperschwäche, ein Jahr zurück. 2. Das hängt jedenfalls von dem Maße der Beschwerden ab und davon, ob Aussicht auf Beseitigung derselben ist oder nicht. 3. Die Ursache muß die halbe Körpergröße betragen.
S. H. Der „Spezialisten-Brief“ zeigte die Intrigen Edders, durch die derselbe den Kaiser von der Bismarckischen Sozialpolitik zu einer antisemitisch-moralischen Politik hinüberzuziehen dachte. Der Under-Brief enthält Mitteilungen über Frauankerten, die Karl Peters in Afrika verübt hatte. Eine besondere Broschüre über diese Briefe giebt es nicht. — Auf Empfehlung von Lebensversicherungs-Gesellschaften dürfen wir uns nicht einlassen.
S. M. 54. Gewiß, es giebt eine preussische Königskrone.
N. 9999 und andre. Planung der Wohnungen in Berlin, Schöneberg und Treptow hat der abgehende Minister bei Kleinen, Köhnen aus 2 Wohnzimmern mit Zubehör bestehende Wohnungen am ersten Quartalsstage, bei mittleren, aus 3-4 Wohnzimmern und Zubehör bestehenden Wohnungen am zweiten Quartalsstage mittags 12 Uhr, bei großen, mehr wie 4 Wohnzimmern nebst Zubehör umfassenden Wohnungen am dritten Quartalsstage um 12 Uhr mittags die Zählung zu beenden. Es müssen jedoch bei Wohnungen von 3 Wohnzimmern 1 Wohnzimmer, bei Wohnungen von mehr als 3 Wohnzimmern 2 Wohnzimmer schon am ersten Quartalsstage vollständig geräumt und dem Konjunktionszeichen zur Verfügung gestellt sein. Als Zubehör gilt: Küche, Klosett, Kamin, Boden, Keller und dergl. Waben, Verkleidungen, Kleidezimmer usw. müssen ebenfalls am ersten vollständig geräumt sein. In Steglitz müssen sämtliche Wohnungen am Quartalsstages geräumt sein. — 1000. Ja.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Freitag, den 1. Februar.

Opernhaus. Posten und Ballerine. Die Entführung aus dem Serail. Anfang 7 1/2 Uhr.

Schauspielhaus. König Lear. Anfang 7 1/2 Uhr.

Neues Opern-Theater (Kroll). Geschlossen.

Deutsches. Rosenmontag. Anfang 7 1/2 Uhr.

Leistung. Nachmann als Erzieher. Anfang 7 1/2 Uhr.

Berliner. Heber unsre Kraft. (3. Teil.) Anfang 7 1/2 Uhr.

Residenz. Frauen von heute. Anfang 7 1/2 Uhr.

Neues. Liebesprobe. Anfang 7 1/2 Uhr.

Wesken. Der Eigenerrbaron. Anfang 7 1/2 Uhr.

Central. Die Weisha. Anfang 7 1/2 Uhr.

Rezeptionsbühne. Buntes Theater: Liebesdrehl. Anf. 7 1/2 Uhr.

Schiller. Ephraims Breite. Anfang 8 Uhr.

Thalia. Amor von heute. Anfang 7 1/2 Uhr.

Friedrich-Wilhelmstädtisches. Der Damenschneider. Anfang 7 1/2 Uhr.

Carl Welt. Zwei Waisen. Anfang 8 Uhr.

Luise. Maria Stuart. Anf. 8 Uhr.

Selle. Alliance. Der Leisalte. Anfang 8 Uhr.

Metropol. Spezialitätenvorstellung. Eine tolle Nacht. Anfang 7 1/2 Uhr.

Apollo. Spezialitäten-Vorstellung. Des Löwen Erwachen. Anfang 8 Uhr.

Palast. Spezialitäten-Vorstellung. Bummelfreie. Anfang 7 1/2 Uhr.

Krania. Laubenstr. 48/49. (Im Theaterlokal) Abends 8 Uhr: „Auf den Wogen des Oceans“.

Im Hörsaal: Unsterkender, insbesondere der Zucker als Nährstoff.

Tagl. Sternwarte. Nachmittags 5-10 Uhr.

Carl Weiss-Theater. Gr. Frankfurterstr. 132.

Zwei Waisen. Schauspiel in 4 Akten von Scherzberg. Anfang 8 Uhr.

Morgen: Diefelbe Vorstellung. Sonntagabendmittags 4 Uhr: Kinder-Vorstellung, keine Preise.

Tausend und eine Nacht.

Metropol-Theater. Behrensstr. 55/57.

Täglich 1/2 9 Uhr:

Eine tolle Nacht. Berliner Ausstattungspose.

Die American-Zuaven. und des vollständig neue Februar-Spezialitäten-Programm. Anfang 1/2 8 Uhr.

der „Tollen Nacht“ 1/2 9 Uhr. Rauchen überall gestattet.

Von Montag, den 4. bis Donnerstag, den 14. Februar cr.:

Zehnmaliges Gastsp. der Mad. Yvette Guilbert

Reichshallen. Stettiner Sänger. Anfang 8 Uhr.

Passage-Panoptikum. Spezialitäten-Vorstellung. Die zwölf unverkennbaren Fakte. Anfang nachmittags 3 Uhr.

Thalia-Theater. Dresdenerstr. 72.

Heute und folgende Tage: **Amor von heute.** Gr. Ausstattungspose in Gef. u. Tang. Anfang 7 1/2 Uhr.

Central-Theater. Zum 559. Male: Mit vollständig neuer Ausstattung an Kostümen und Dekorationen:

Die Weisha. Operette in 3 Akten von S. Jones. Wilmsa: Mia Werber. Anfang 7 1/2 Uhr.

Morgen u. folgende Tage: **Die Gelaha.** Sonntagmorgen 3 Uhr zu halb. Preis: 10 Pf.

Die Schöne von New York. Burlesk-Operette in 3 Akten von Benno Jacobson. Musik von Gustav Kerker.

CRANIA * * *

Laubenstr. 48/49.

Im Theater Freitagabend 8 Uhr: **Auf den Wogen des Oceans.**

Im Hörsaal: Professor Müller: Unsere Kraftspender, insbesondere der Zucker als Nährstoff.

Invalldenstr. 57/62. **Tagl. Sternwarte.** Nachmittags 5-10 Uhr.

Carl Weiss-Theater. Gr. Frankfurterstr. 132.

Zwei Waisen. Schauspiel in 4 Akten von Scherzberg. Anfang 8 Uhr.

Morgen: Diefelbe Vorstellung. Sonntagabendmittags 4 Uhr: Kinder-Vorstellung, keine Preise.

Tausend und eine Nacht.

Cirkus Busch. Freitag, den 1. Februar 1901. abends 7 1/2 Uhr: **Or. humorist. Gala-Abend.**

Zum 65. Male: **Die eiserne Maske.** Or. historisches Manège: Schaustück in 4 Akten und 3 Hauptbildern. Original-Pantomime des Cirkus Busch. — Besonders hervorzuheben: Die Eroberung Strassburgs mit dem Illuminiert-Münster. Kunst der berühmten Krieger-Truppe Köhler-Brabant. Altbekanntes Duobelle gegritten mit 12 Schulpferden. Webr. Feldmann als Kompositist-Rubiniere.

Sonntag, 3. Februar, nachmittags 4 Uhr: **„Berliner Landpartien“**, wozu jeder Erwachsene auf allen Sitzplätzen 1 Kind frei hat; weitere Kinder die Hälfte. — Abends 7 1/2 Uhr: **Die eiserne Maske.**

Schiller-Theater. (Waller-Theater).

Freitagabend 8 Uhr: **Ephraims Breite.** Schauspiel in 5 Akten v. L. Hauptmann. Sonntagabend 8 Uhr: **Der Herr Senator.** Sonntagabend mittags 3 Uhr: **Das Glück im Winkel.** Sonntagabend 8 Uhr: **Die Welt, in der man sich langweilt.**

Passage-Theater. Unter den Linden 22.

D-Vorstellung * * Anfang: Sonntags 12 Uhr. Wochentags 3 Uhr. Ende 11 Uhr.

Die vier Schwestern in ihrer Neuheit

TUA „Ringelreier Uccertanz“

17 erstklassige 17 Spezialitäten 17 Rosendienstag. Eine Feldwebeltragödie. Schwank in 1 Akt von Otto Nebich Weichleben.

Sanssouci. Donnerstag, Sonntag und Montag: **Hoffmanns Nordd. Sänger.** Nach jeder Sotree: **Tanzkränzchen. Lustige Vagabonden.**

Cirkus Renz-Konzert-Tunnel. Karlstrasse.

Wochentags 7 Uhr. Nur erstklassige. Sonntag 5 Uhr. **Spezialitäten.** J. M. Hätt.

Jeden Sonntagabend nach der Vorstellung: **Tanz ohne Nachzahlung**

Passage-Panopticum und Theater.

Die 12 unverbrennb. Fakire. Neu! General Baum, der kleinste Mann der Welt. Eintritt einschließlich Theater 50 Pf.

Palast-Theater. früher Feen-Palast, Burgstr. 22. Durchweg neues Programm. Preise 8 1/2 Uhr.

Bummelfreie. Post u. Werbung in 3 Akten von Widen. Rohrmans, Trichterstr. Dir. Winkler. 12 neue Attraktions-Nummern. Anfang: Wochent. 7 1/2, Sonnt. 7 Uhr. **Entree 50 Pf.**

Sonntag, den 16. Februar: **Grosser Masken-Ball.** Extra-Vorstellung. Große Gratis-Preisverteilung. Besucher der Bork. haben Frei-Tanz. Anfang 7 1/2 Uhr. Tanz 10 1/2 Uhr. **Entree 50 Pf.**

Deutsche Konzerthallen. Spandauer Brücke. **Täglich 4 ausländische 4 Kapellen 4 Gr. Theater-Vorstellung.**

CASTANS PANOPTICUM. Friedrichstr. 165. Nur noch kurze Zeit: **Die wilden Weiber aus Dahomey.**

Der sensationelle „Germanen-Saal“ mit plastisch. Gruppen argermanischer und alt-deutscher Trinker.

Zur Zweihundertjahr-Feier: Die preussischen Könige im Fürstensaal. Die Herrscher Europas, Generale, Minister etc. etc.

W. Noacks Theater. Brunnenstraße 16.

Die Grille. Ländliches Charakterbild in 5 Akten von Charlotte Birch-Pfeifer. Sonntagabend:

Keine Vorstellung.

Reichshallen Stettiner Sänger. Heute 1. 190. Male: **Excellenz kommt!** Sonntagabend: **Eine Soiree bei Lehmanns.**

Anker-Briketts anerkannt vorzügliche Qualität, sind zu **Friedr. Daniel & Co.,** Berlin W., Leipzigerstr. 29.

Apollo-Theater.

Freitag, den 1. Februar:

Toscana

Münzenkünstler

Miss Barma

Jongleur- u. Dressursummern

Yankee-Quartett

Amerikanische Excentrics

Valentine Petit

Traumphantasie

The Nightons

Kraftturner

Emmy Kröchert

in ihrem neuen Repertoire

Minstrels Parisien

Pariser Strassensänger

Der Kosmograph

Neue Bilderserie

20 Mädchen und kein Mann

Burleske Operette in 1 Akt von Suppé. Vollständig neue Ausstattung.

Kassenöffnung 7 Uhr - Anfang 8 Uhr.

Cirkus Schumann.

Heute Freitag, 1. Februar: XIV. grosses internat. Rennen. Da der Weltmeisterfahrer der Welt, **Jaquelin** Sieger des grossen Preises von Deutschland, und **Paris** nicht täglich zweimal fahren kann, um mit jedem Fahrer aus die ausgelegten Preise zu konstatieren, so hat derselbe sich entschlossen noch einige Tage hier zu verweilen, um mit jedem der berühmten deutschen Reiterfahrer, wie **Willy Arend** (Hannover), **Nobi** (München), **Müandner** (Berlin), sowie **Seller** (Wien), **Bocquillon** (Paris) u. den Reich auszurufen. Heute starten: 1. **Nobi** gegen **Kröger**. 2. **Willy Arend** gegen **Kranke**. 3. **Müandner**. 4. **Jaquelin** gegen **Bocquillon**. I. Preis: 1500 Mark. II. Preis: 1000 Mark. III. Preis: 500 Mark. Vorher ganz exquisit Programm und **China**. Sonntag: 2 Vorstellungen.

Metropol-Theater.

Sonnabend, den 2. Februar 1901

Dritter grosser Metropol-Theater-Ball.

1000 Mark in bar als Schönheitspreis

werden für die schönste eleganteste Toilette verabfolgt. Herrenkarten im Vorverkauf 7 Mark, an der Abendkasse 10 Mark. Damenkarten im Vorverkauf 5 Mark, an der Abendkasse 7 Mark. Logenbilletts sind an der Kasse zu haben. Anfang 11 Uhr.

Partei-Expeditionen:

Berlin vierter Wahlkreis O.: Robert Wengels, Große Frankfurterstr. 133, Hof part. - SO.: Fritz Thiel, Staltpferstr. 35 v. part. - Sechster Wahlkreis (Moabit): Karl Anders, Salzweidener Strasse 8, part. im Baden. - Wedding und Oranienburger Vorstadt: Emil Stolzenburg, Wiesenstrasse 41/42. - Gesundbrunnen: Wilhelm Schumann, Grünhoferstr. 65. - Rosenthaler Vorstadt und Schönhauser Vorstadt: Karl Pars, Salmitten-Allee 95/96. - Charlottenburg: Gustav Schambert, Selenbeimerstr. 1, Ecke Gneisenstr. u. 1 Treppe. - Deutsch-Wilmersdorf: Th. H. Hiet, Berlinerstr. 132/133, rechter Seitenf. und W. Ridel, Auguststr. 3, v. l. Friedrichsberg-Friedrichsfelde: Carl Wolf, Berlin O., Frankfurter Allee 177. - Grünau: Engel, Dahlestr. 6. - Hixdorf: Ostermann, Gröfstr. 6. - Schöneberg: W. H. Müller, Apffelb. 13, Quergebäude Bodp. - Ober-Schönevelde: Otto John, Wilhelmminnenstrasse 18. - Nieder-Schönevelde: Karl Weber, Götterengelsstr. - Johannisthal: Paul Mann, Friedrichstr. 39, I. - Adlershof: Emil Bollmann, Schloßstr. 14. - Köpenick: Franz Weber, Cigarren-Dankhina, Grünauerstr. 1. - Friedenau-Steglitz: S. Bernice, Kirchstrasse 15 in Friedenau. Forderungen nehmen entgegen in Steglitz: S. Roder, Doppelstrasse 8, und Dr. Schellhase, Wilmstrasse 10a. - Baumschulenweg: Siegf. Ernst, 2 II. - Neu-Weissenhof: Heinrich Bachmann, 1. part. links. - Rummelsburg: Förgbert, Prinz Albrechtstr. 5a.

Außerdem ist sämtliche Parteilitteratur sowie alle wissenschaftlichen Werke dort zu haben. Auch werden Inserate für den „Vorwärts“ entgegengenommen.

Achtung! Turner! Achtung!

Heute abend 8 Uhr Eröffnung der 10. Männer-Abteilung des Turnvereins „Eiche“ (Mitglied des Arbeiter-Turnbundes) in der Turnhalle Petersburgerstrasse Nr. 4 (an der Frankfurter Allee). Um regen Zuspruch wird höflich gebeten. 285/11

Der Vorstand.

Sorget für Eure Frauen und Töchter

und kauft ihnen **Karol Wells Seifenextract**, die beste trockene Seife in Pulverform. Es macht den Waschtage zum Feiertag, erhält die Gesundheit und schon die Wäsche. Man verlange ausdrücklich **Karol Wells Seifenextract** und nehme nichts anderes. In allen Seifen- und Kolonialwarengeschäften käuflich.

Marienburg. **Geld-Lotterie** Gesamt-Gewinne 365 000 Mk. Originallose à 3 Mark. **J. Rosenberg** Kommandantenstr. 51. Porto u. Liste 30 Pf. extra.



Masken-Garderobe. Grösste Auswahl. Billigste Preise. Vereinte Preisermäßigung. **Fr. Panknin,** Oranienstrasse Nr. 178 II. Malberstrasse 91. Ecke Oranienstrasse.

Nowacks Fest-Säle, Wartenfelstr. 9. Umhänge halber ist der Saal von 250 Personen am Sonnabend, den 23. Juli frei geworden. 33896

Zähne, Plomben, schmerzlos, 1 M. an, beliebige Teilzahlung. **Str. Olga Jacobson,** Invalidenstrasse 145

Central-Krankenkasse der Maurer „Grundstein zur Einigkeit“

Verwaltungsstelle Berlin.

Sonntag, den 3. Februar, vormittags präcise 10 Uhr

General-Versammlung

Zusatzstr. 10, vorn 1 Treppe.

149/1

Tages-Ordnung: 1. Kassen- und Revisionsbericht vom IV. Quartal 1900. 2. Neuwahl des ersten Bevollmächtigten, des zweiten Kassierers, des ersten Schriftführers und eines Revisors. 3. Innere Kassen-Angelegenheiten. 4. Mitgliedsbuch legitimiert. J. H.: P. Hoffmann.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

(Zahlstelle Berlin).

Heute Freitag, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15:

Sitzung der Ortsverwaltung

Sonntag, den 3. Februar, vormittags 10 Uhr:

General-Versammlung

in der Brauerei Friedrichshain, Am Friedrichshain.

Tages-Ordnung!

Kassenbericht. Bericht des Vorstands, der Kontrollkommission und des Revisionsmittlers. Bericht von der Brandenburger Konferenz. Eröffnung zur Ortsverwaltung. Anträge auf Ausschluß zweier Mitglieder. Verbandsangelegenheiten. [77/10]

Die Mitglieder werden ersucht, zahlreich und pünktlich zu erscheinen. Eintritt nur mit Mitgliedsbuch. Die Ortsverwaltung.

Achtung, Süd-Ost!

Die Zahlstelle von Martin, Rammstr. 86, ist nach der Mariannenstraße 48, Restaurant Liebehenschel, verlegt.

Achtung! Lederarbeiter! Achtung!

(Weißgerber, Lohgerber und Lederfärber.)

Freitag, den 1. Februar, abends 8 1/2 Uhr, in Senfels Lokal, Zinbalidenstraße 1:

Oeffentl. Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag des Reichstags-Abgeordneten **Rosenow**: „Die Handelspolitik, der gewerkschaftliche Kampf und die Arbeiterklasse.“ 2. Diskussion. 3. Bericht des Vertrauensmanns und der Revisoren. 4. Unterhaltungsbeiträge. 5. Verschiedenes. Kollegen, agitiert für den Besuch der Versammlung. 103/2

Der Vertrauensmann.

Centralverband der Maurer Deutschlands

Zahlstelle I (Putzer).

Sonntag, den 3. Februar cr., vormittags 11 Uhr, in den Arminhallen, Kommandantenstraße 20:

Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Wahl der Hilfskassierer. 2. Zahlung der Beiträge zum Streikfond. 3. Stellung von Anträgen zum Verbandstag. Am Sonnabend, den 2. Februar, findet unser diesjähriger **Maskenball** in den Gesammtäumen der Brauerei Friedrichshain statt. Zur Aufhebung gelangt der Eingang Ring Geld und die Gründung eines Gefangenenvereins in Kamerun. 134/4

Die örtliche Verwaltung.

Achtung! Bauarbeiter. Achtung!

Auf dem Neubau Rosendorferstraße, Unternehmer **Nopp**, sind wegen Einbehaltung von 25 Pf. pro Tausend Steine am Dienstag Differenzen ausgebrochen.

Trotzdem der Bau durch organisierte Arbeitswichtige unter besonderem Schutz heute, Donnerstag früh, besetzt worden ist, ersuchen wir den Zutritt nach wie vor fernzuhalten. Die Lohnkommission.

Centralverband der Zimmerer Deutschlands

Zahlstellen Berlin und der Vororte.

Sonntag, den 3. Februar, vormittags 10 Uhr:

General-Versammlung

im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer Nr. 15.

Tages-Ordnung:

1. Abrechnung vom dritten Quartal 1900 und des örtlichen Fonds. 2. Bericht des Vorstands. 3. Wahl des Gesamtvorstands. 4. Befähigung der Bezirkskassierer. 5. Verbandsangelegenheiten. Die Mitglieder werden ersucht, recht zahlreich und pünktlich zu erscheinen. Mitgliedsbuch ist mitzubringen. 254/2

Der Vorstand.

Verband der Bau-, Erd- u. gewerbl. Hilfsarbeiter Deutschlands (Zahlstelle Berlin III).

Sonntag, den 3. Februar 1901, vormittags 10 1/2 Uhr, in Zimmermanns Festhällen, Badstr. 58:

Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag über: „Unfall- und Invalidität“. Referent Gen. Guther. 2. Diskussion. 3. Verbandsangelegenheiten. 32/6

Die Ortsverwaltung.

Centralverband der Maurer (Zahlstelle Charlottenburg).

Sonnabend, 2. Februar, in der Gambrius-Brauerei, Wallstraße 94:

Grosser Wiener Masken-Ball.

Um 12 Uhr: Demaskierung.

Während der Kaffeepause: **Musikalische Vorträge**, ausgeführt von den „Civil-Bernistmusikern“. - Anfang 8 Uhr. Billets à 50 Pf. sind bei sämtlichen Vorstandsmitgliedern, sowie in den bekannten Zahlstellen zu haben. - Abendkasse findet nicht statt. 136/6

Zahlreichen Besuch erwartet Die örtliche Verwaltung.

Achtung! Interessen-Verein der Kistenmacher.

Am Sonnabend, den 2. Februar, im Gesellschaftshaus „Nord-Ost“ (Zuh.: Brochnow), Weberstr. 17:

Grosser Wiener Masken-Ball.

Um 12 Uhr: Demaskierung. Nachdem: Kaffee-Pause.

Billets à 50 Pf. sind bei sämtlichen Vorstandsmitgliedern, sowie im Arbeitsnachweis-Bredlaustr. 28 zu haben. 94/2

Der Vorstand.

Gleichzeitig wird darauf aufmerksam gemacht, daß an diesem Sonnabend der Zahnabend ausfällt. D. D.

Zähne 2 M., 10 Jahre Garantie. Vollkommen schmerzlos. Zahnziehen 1 M. Plomben 1,50 M. Teilzahl. wöchentlich 1 M. **Alfred Apenburg,** Invalidenstrasse 33. Nähe Stettiner Bahnh. Spr. 9-7. Reparat. sofort. 14

Am 30. Januar, nach 5 Uhr, verchied sanft nach langem Leiden meine innigstgeliebte Frau, Mutter, Schwägerin und Tante 23835

Luise Lüdtkke, geb. Polka.

Dies zeigen in tiefer Trauer an **Albert Lüdtkke** und Tochter, **Landberger Allee 134.** Die Beerdigung findet vom Trauerhause aus am Sonntag, den 3. Feb., nach 2 1/2 Uhr, nach dem Auferstehungs-Friedhof in Weihenow statt.

Central-Kranken- u. Sterbe-Kasse der Tischler u. Cridoverwaltung Berlin B.

Sonntag, den 3. Februar 1901, vormittags 9 1/2 Uhr:

Mitglieder-Versammlung

im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15, Saal 3, I. Obergeb. I. Tages-Ordnung:

1. Abrechnung vom 4. Quartal 1900. 2. Beschluß der Ortsverwaltungen Berlin: Wiederbeteiligung an den Beitretensleistungen des Kranken-Vereins-Berands event. Wahl eines Beiraters. 181/2

3. Verschiedene Kassenangelegenheiten. Mitgliedsbuch legitimiert.

Um zahlreich und pünktlich zu erscheinen ersucht Die Ortsverwaltung.

Sonntag 1 Uhr: Koppelpfad, nach Weidenow (Hilbertsbad).

Donnerstag: Versammlung, Andreasstr. 20.

11/5

Generalversammlung

Kranken- u. Begräbniskasse der Seifensieder und Berufsgenossen

(E. D. Nr. 17) zu Berlin am Sonntag, den 10. Februar 1901, vorn 10 Uhr,

im Ref. Wollschläger, Adalberstr. 21. T. D.: 1. Jahresbericht. 2. Vorstandswahl. 3. Verschiedenes. 4. Quittungsbuch legitimiert.

Der Vorstand. 1238/15

J. H.: Ed. Nitsche, Niedenwalderstr. 24.

Dresdener Garten, Dresdenerr. 45.

Freitag, den 1. Februar, abds. 8 1/2 Uhr:

Oeffentl. Vortrag

nur für Herren!

Thema: Medizinische Fortschritt, die Quecksilber-Behandlung im Lichte der Volksheilkunde. Referent: H. Müller, prakt. Naturheilkundiger am Kurbad, Ragsdorfstr. 17. Eintritt frei!

Deutsch. Metallarbeiter-Verband

Verwaltungsstelle Berlin.

Bureau: Engel-Ufer 15, Zimmer 1-5. Fernsprecher: Amt VII, 353. Sonntag, den 3. Februar 1901, vormittags 10 Uhr,

im „Palast-Theater“, Burgstraße, Ecke St. Wolfgang-Strasse:

Ordentliche Generalversammlung

Tages-Ordnung:

1. Kassenbericht und Bericht der Revisoren. Jahresbericht. 2. Neuwahl des I. und 2. Bevollmächtigten und des Arbeitsvermittlers. Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt!

Die Vertrauensleute sind verpflichtet, den Kollegen die Mitgliedsbücher auszuhandigen. - Am Einleitgang erhält jedes Mitglied 2 Stimmgeldchen eingehändig.

Sonnabend, den 2. Februar, abends 8 1/2 Uhr, im Lokal des Herrn Hummel, Sophienstraße 5:

Vertranensmänner-Konferenz der chirurgischen Branche.

Montag, den 4. Februar 1901, abends 8 1/2 Uhr, findet im Lokale des Herrn John, Wilhelmshofstraße 19, eine Besprechung befaßt Wahl einer Bezirksleitung für Ober-Schönevelde statt. 111/8

Die Ortsverwaltung.

Verein der Tischler Berlins u. Umgegend.

(Vertranensmänner-Centralisation)

Am Sonntag, den 3. Februar, vormittags 10 Uhr: **Ausserordentl. General-Versammlung** bei Thiel, Fruchtstr. 36a.

Tages-Ordnung: 1. Wahlen. 2. Beratung über Erhebung von Extrabeiträgen. 3. Verschiedenes. Mitgliedsbuch legitimiert. Regen Besuch erwartet. 186/4

Der Vorstand.

Verband der Bau-, Erd- u. gewerbl. Hilfsarbeiter Deutschlands (Zahlstelle Berlin I.)

Am Sonntag, den 3. Februar, vormittags 10 1/2 Uhr, in Graumanns Festhällen, Rammstrasse Nr. 27:

Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Diskussion über die zum Verbandstag gestellten Anträge. 2. Bericht von der Vorstands-Konferenz. 3. Verbandsangelegenheiten. 32/6

Die Ortsverwaltung.

Achtung, Habitzpuzer!

Freitag, 1. Februar, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15:

Mitglieder-Versammlung der Zahlstellen Berlin II. und III.

Tages-Ordnung:

1. Stellungnahme zum Verbandstag. 2. Wahl der Delegierten zu demselben. - Mitgliedsbuch legitimiert. 25/2

Die Ortsverwaltung.

Verein der Bauanschläger Berlins und Umgegend.

Sonntag, den 3. Februar cr., vormittags 10 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus (Saal I), Engel-Ufer 15:

General-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Aufnahme neuer Mitglieder. 2. Wahl eines zweiten Vorsitzenden. 3. Festlegung der Beiträge, Verwendung der Vereinsgelder und Festlegung der Streikentschädigung. 4. Verschiedenes. 33/3

Die neuen Quittungskarten gelangen zur Ausgabe. Jedes Mitglied ist verpflichtet, dieselben gegen Vorzeigung der alten Quittungskarten selbst abzuliefern. Der Vorstand.

Bauhändler-Krankenkasse für Berlin und Umgegend.

(Eingeschriebene Hilfskasse Nr. 118.)

Sonntag, den 3. Februar, vormittags punkt 10 Uhr: **Ordentl. Generalversammlung** im Saale des Herrn Schulz, Grenadierstr. 33.

Tages-Ordnung:

1. Bericht des Vorstands und Ausschusses. 2. Abrechnung des Kassierers und Revisionsberichts. 3. Eröffnung des Kassierers, zweier Beisitzer und vier Gefasamänner. 4. Wahl des Ausschusses und 4. Erasmänner. 5. Innere Kassenangelegenheiten. Die Versammlung wird pünktlich eröffnet. 38/2

Mitgliedsbuch legitimiert.

Der Vorstand.

A. Jandorf & Co.

C. Spittelmarkt 16/17 * SW. Leipzigerstrasse 64 * SW. Belle-Alliancestrasse 1/2.

Porzellan

Dessertteller bunt mit Gold 10 Pf.
 Kaffeetassen bunt decoriert 15, 25 Pf.
 Kaffeebecher m. Bild 7 Pf., m. Streublumen 15 Pf.
 Cabaret 2theilig, bunt mit Gold 1,10 M.

Tafelservices
 30 Theile für 6 Personen
 gezackt mit Goldrand 13,50 M.

Speiseteller gezackt mit Goldrand 33 Pf.
 Vorrathstonnen m. Streublumen 38 Pf.
 Essig- u. Oelflaschen m. Streublumen 38 Pf.
 Salz- u. Mehlmesten Streublumen, mit Holzrückwand 90 Pf.

Kaffee-Services für 6 Personen 215 M. 275 M. für 2 Personen 155 M.

Ein grosser Posten weisses Porzellan:

Speiseteller 9 Pf.	Milchtöpfe 8, 13 Pf.	Kaffeetassen 7, 12, 15 Pf.
Dessertteller 7 Pf.	Kaffeekannen 25, 33 Pf.	Compottschalen 5, 6 Pf.
Compotteller 5 Pf.	Zuckerboxen 10, 20 Pf.	Senftöpfe 12 Pf.
Kuchenteller 15, 20 Pf.	Saucières 43 Pf.	Gemüseschüsseln rund 55 Pf.

Glas

Wassergläser gepresst 4 Pf.
 Butterdosen gepresst 12, 18 Pf.
 Käseglocken gepresst 30 Pf.
 Dessertteller geschliffen 20, 25 Pf.
 Bierbecher mit Skatbild 25 Pf.
 Likörsätze mit Tablett 45 Pf.

Büsten Thon, bemalt, Stück 58 Pf.

Echte Kristallgläser

Bowlengläser 14 Pf.
 Portweingläser 12 Pf.
 Likörgläser 10 Pf.
 Wasser- u. Selterbecher 12 Pf.

Steingut

Kaffeetassen Meissener Form, blau Zwiebelmuster 14 Pf.
 Kaffeebecher Delfter Muster 8 Pf.
 Satznapfe 4 Stück 34 Pf.
 Waschgarnituren 4theilig, Bandmuster 1.25 M.
 Waschgarnituren grosse Form, 5theilig 2.85 M.
 Küchenuhren blau Zwiebelmuster 2.90 M.

Emaille

Schmortöpfe ohne Ring 16, 20, 22, 30, 35 Pf.
 Ringtöpfe 25, 30, 40, 48, 60 Pf.
 ca. 35 40 45 50 cm.
 Wannen neublau und marmor 1,10, 1,45, 1,60, 1,95 M.
 Waschservice 90 Pf.
 Kinderbecher decoriert 15, 22 Pf.

Spucknapfe 22 Pf.
 Reiben neublau und weiss 35 Pf.
 Tassensiebe 17 Pf.
 Esslöffel weiss 6 Pf.
 Löffelbleche 48 Pf.

Esslöffel Britannia 10 Pf.
 Theelöffel Britannia 5 Pf.
 Fussbänke 45 Pf.
 Putz- und Wichskästen 42 Pf.

Kohlenanzünder Pack 5 Pf.
Spirituskocher Stück 28 Pf.

Kaffeebretter, Kaffee-Service, vernickelt
 in bester Qualität und grösster Auswahl.

Ragoutschalen alle Grössen St. 5 Pf.
 Abstäuber, roth u. grün, Stück 45 Pf.
 Besenecken St. 35 Pf. 48 Pf.

Unsere

Photographischen Ateliers

sind von 8 Uhr Morgens bis 9 Uhr Abends geöffnet.

Visitbilder 1 Person 1 Dtd. 1.80 M. Cabinetbilder 1 Person 1 Dtd. 4.80 M. Postkarten 1 Person 1 Dtd. 1.20 M.

Vergrösserungen, Platin- und Kunst-Papier-Drucke, Gruppenaufnahmen etc. etc.
 in vollendeter Ausführung.

Vergrösserungen werden nach jeder Photographie angefertigt.

Lokales.

Die Stadtverordneten-Versammlung

Hat sich gestern mit großer Einmütigkeit dagegen erklärt, daß, wie befürchtet worden ist, die Berliner Realschulen von der preussischen Unterrichtsverwaltung genötigt werden, mit dem französischen Unterricht schon in Sexta statt, wie jetzt, in Quarta zu beginnen. Die in dieser Sache an den Magistrat gerichtete Anfrage, die von zahlreichen Stadtverordneten aller Fraktionen unterzeichnet war, wurde vom Stadtv. Cassel treffend begründet. Der Cassel brachte gegen die Einführung des französischen Unterrichts in Sexta eben jene Gründe vor, die schon 1883 vor der Errichtung der ersten höheren Bürgerschule in Berlin von der Berliner Schulverwaltung der Aufsichtsbehörde gegenüber geltend gemacht worden sind und damals Beachtung gefunden haben. Stadtschulrat Fürstenau erwiderte, ihm sei nicht bekannt, daß die Regierung an der bisherigen Verfassung der Berliner Realschulen etwas zu ändern beabsichtige — das sei ja auch gar nicht denkbar — wenn es aber dennoch jemals beabsichtigt werden sollte, dann werde es der Magistrat mit allen Mitteln zu verhindern suchen. Genosse Singer erklärte, daß er über die Absichten der Regierung gegen die Berliner Realschule viel weniger vertrauenselig denke als der Herr Stadtschulrat. Beachtung verdient die von ihm gegebene Anregung, eventuell in der ersten Klasse der Gemeindefchule französischen Unterricht zu erteilen. Der Vorschlag sollte schon mit Rücksicht auf die wirtschaftliche Bedeutung, die die Kenntnis fremder Sprache auch für den Arbeiter hat, in Erwägung gezogen werden.

Zweiter Teil „Blatte“-Ependen.

Man schreibt uns: Zu der Notiz der „Berliner Morgenpost“ über die Gehälter für die liquidierenden Direktoren der „Grundschuld-Bank“, die auf 22 000 M. pro Jahr und Person angenommen wurden, bemerken wir, daß diese Zahl nicht ganz zutrifft. Es existieren jetzt drei Liquidatoren: Kette, Enpel, Cohnig. Diese haben einen Vertrag mit dem Aufsichtsrat abgeschlossen, wonach jeder der Herren 20 000 M. Gehalt bekommt, jedoch mit dem Recht, sich im ersten Quartal 8000 M. einzuziehen. Dadurch steigt das Gehalt tatsächlich auf 28 000 M. In Summa also zahlt die Grundschuld-Bank ihren Liquidatoren ohne Berücksichtigung des Erbschaftssteuerjahres 69 000 M. Gehalt.

Zu dem Hauptdirektor Kommerzienrat Sanden 16 000 M., der 2. Direktor Schmidt 10 000 M., der erste stellvertretende Direktor Baranski 12 000 M., der zweite stellvertretende Direktor Dingelstedt 10 000 M. Gehalt, sind in Summa 48 000 M. gegen heutige 28 000 M.

Auch ein Beispiel, wie man mit dem Gelde im Interesse der Aktionäre und der Obligationäre sparsam umgeht!

Ferner geht uns eine Zuschrift zu, die lebhaftest Klagen über das Verfahren der „Hilfs- und Aufsichtskommission“ enthält. Man wirft ihr eine hohe Inanspruchnahme des Unkosten-Kontos vor. Die Herren Kommissionsmitglieder ließen es sich wohlgehen, während den Angestellten der Bank, die schon Monate vorher bis spät Abends und zum Teil die Nächte hindurch gearbeitet hatten, noch heute, wo die Kassen beider Banken gefüllt sind, jede Entschädigung schroff verweigert wurde, resp. eine solche in so minimalem Umfang bewilligt wurde, daß sie nicht einmal die wirklichen baren Auslagen deckte und noch dazu ganz ungleich verteilt war: Der Lohn für die Arbeit war die Kündigung, das Hinausstoßen ins Elend, denn bei den kleinen Gehältern, die die Banken den Unterbeamten zahlten, wird es wenige Beamte geben, die einen Notgroßen besitzen.

Was geschieht nun mit dem Pensionsfonds? Beide Banken nannten in jedem Geschäftsbericht eine ansehnliche Summe, die dem Pensionsfonds zugewiesen wurde, so daß derselbe bei der Grundschuldbank mehrere 100 000 M., genau 221 000 M., bei der Hypothekbank beinahe eine Million Mark betragen muß. Wir halten es doch auch für eine Aufgabe der Kommission oder Direktion, nicht nur das Wehe, sondern auch das Wohl der Beamten im Auge zu haben. Es ist jetzt, wo die Kommissionen am Ende ihrer Tätigkeit stehen, die höchste Zeit, sich über diesen Punkt zu äußern: oder sollen etwa die Leute, die man jetzt schuldlos auf die Straße setzt, auch noch um die paar Groschen gebracht werden, die sie sich durch langjährige Arbeit verdient zu haben glaubten?

In der Parl.-Deputation stand gestern die Frage zur Verhandlung, eine an der alten Kazerikirche gelegene und der Kirchengemeinde gehörige, aber seit 18 Jahren auf Kosten der Stadt unterhaltene Parzelle gegen ein andres der Stadtgemeinde gehöriges Terrain umzutauschen. Die Kirchengemeinde will den kleinen Park größtenteils für kirchliche Zwecke bebauen, wodurch der Bevölkerung eine fast unentbehrliche Erholungsstätte genommen würde. Die Grundigentums-Deputation wurde ersucht, mit der Kirchengemeinde wegen des Ausbaus in Unterhandlung zu treten.

Die Treibjagden im Plänterwald werden hinfür nicht mehr abgehalten werden. Die Parl.- und Garten-Deputation hat in ihrer gestrigen Sitzung beschlossen, daß hinfür wegen des unbedeutenden Ergebnisses und der großen Gefahr für das Publikum diese Spiele aufgehoben soll.

Kaiser Wilhelm II. Nach einer forstamtlichen Zusammenstellung hat der Kaiser bei seinen Jagdausflügen im vergangenen Jahre insgesamt 3568 Stück Wild erlegt. Somit kommen auf jeden Tag, Sonn- und Feiertage nicht gerechnet, 12 Tiere.

Titelschacher. Die Berliner Kommerzienrats-Fabrik, von der wir gestern nach der „Frankfurter Zeitung“ berichteten, existiert der „Kölnischen Zeitung“ zufolge wirklich. Das Blatt meldet, daß bereits dem Handelsminister von zuständiger Seite darüber Bericht erstattet worden ist. Der Minister ließ den Sachverhalt durch sofortige Ermittlungen des Berliner Polizeipräsidiums feststellen und die Sache der Staatsanwaltschaft beim Landgericht 1 Berlin zur strafgerichtlichen Verfolgung übergeben.

Die Opfer der Großen Berliner haben sich im Januar an Zahl gegenüber dem vorigen Monat nicht vermindert. Es wurden totgefahren am 9. Januar die Lehrerin Anna Wanning am Hausvogteiplatz, am folgenden Tage der Autscher Verwandowski bei einem Zusammenstoß in Tegel und wieder Tags darauf der Geschäftsdirektor Heinrich Kamm gleichfalls bei einem Zusammenstoß in der Müllerstraße. Auch der folgende Tag, der 12. Januar, wies einen Unglücksfall mit tödlichem Ausgang auf, dessen Opfer der 11-jährige Schulknabe Erich Biedler aus der Saligerstraße war. Endlich wurde am 24. d. M. der 42-jährige Schneidermeister Friedrich Wurnow in der Bülowstraße überfahren und tödlich verletzt. Die Gesamtzahl der Toten beziffert sich somit, ebenso wie im Monat Dezember, auf fünf Personen. Dagegen hat die Zahl der Schwerverletzten abgenommen, sie ist von 10 im Dezember auf 7 im Januar gesunken. Unter den Schwerverletzten befindet sich auch ein Angestellter der Großen Berliner Straßenbahn-Gesellschaft, der Schwärmer A., welcher in Nixdorf auf dem Bahnhof Cannerstraße beim Rangieren verunglückte.

In dem jetzt verflochtenen ersten Monat des Jahnspennig-Tarifs der Großen Berliner Straßenbahn ist die von der Betriebs-

verwaltung befürchtete Wagennot nicht eingetreten, so daß von der durch das Polizeipräsidium widerruflich erteilten Erlaubnis der Benutzung von Anhängerwagen auf bisher hierfür nicht freigegebenen Strecken kein Gebrauch gemacht wurde. Der Jahnspennig-Tarif und die mit diesem verbundenen Abkommensänderungen haben somit eine bessere Ausnutzung der Wagen ohne Verzögerung des Betriebsmaterials herbeigeführt. Die Zahl der Abkommen ist auf das Doppelte, von 17 000 auf 35 000, gestiegen. Die Einnahmen sind, wie verlautet, gegen diejenigen im gleichen Monat des Vorjahres nicht zurückgeblieben. Die Zahl der Fahrgäste dürfte etwa um 10 Proz. gestiegen sein.

Gesinde-Unrecht. In Berlin muß jeder Dienstbote bei Lösung des polizeilichen Dienst-Erlaubniszeichens und bei jedem Dienstwechsel 50 Pf. zum Fonds der Belohnungs- und Unterstützungsanstalt für das Gesinde entrichten. Durch diese Zahlung erwirbt der Dienstbote aber keinerlei Rechte, sondern ist zu dieser Steuer durch landesherliches Statut vom 30. Mai 1864 verpflichtet, um die erforderlichen Geldmittel zur Erhaltung der sogenannten „Belohnungs- und Unterstützungsanstalt für das Gesinde in Berlin“ zu beschaffen. Diese Anstalt soll Personen des Gesindestandes in Berlin, welche in redlicher Pflichterfüllung durch hohes Alter und gerüttelter Gesundheit oder infolge außerordentlicher Dienstleistungen oder unverschämter Unglücksfälle dienstunfähig geworden sind, für ihre künftigen Lebensjahre die Aussicht auf eine ihren Verhältnissen angemessene sorgenfreie Existenz eröffnen. Zur Erreichung dieses Zwecks können nach dem Statut monatliche Unterstützungen in Höhe von höchstens 12 M. an dienstunfähig gewordene Dienstboten gezahlt werden, die entweder bei einem Alter von 50 Jahren wenigstens die letzten 20, bei einem Alter von 55 wenigstens die letzten 15, bei einem Alter von 60 Jahren wenigstens die letzten 10 Jahre ununterbrochen in Berlin als Gesinde gedient haben oder durch „außerordentliche Dienstleistungen, als Rettung ihrer Herrschaft oder deren Kinder aus Feuers- und Wassergefahr, Verteidigung gegen gewaltsame Angriffe, aufmerksame und treue Pflege und Wartung in ansehnlichen und langwierigen Krankheiten und dergl. mehr oder sonst auch nur während des Dienstes, jedoch nicht durch eigene leichtsinnige Handlungen... unheilbare innere Leibel oder äußere Beschädigungen sich zugezogen haben“. Der Belohnungs- und Unterstützungsfonds dient ferner dazu, Dienstboten in einem Dienstboten-Hospital Aufnahme zu gewähren. Ein Recht auf Aufnahme erwirbt kein Dienstbote. Die Leistungen aus dem Unterstützungsfonds stellen sich mithin nicht als Fürsorge in Krankheitsfällen, sondern als Bewährung von Almosen dar, die im wesentlichen aus den Mitteln der Dienstboten zusammengebracht sind. — Es wäre höchste Zeit, daß dieser Dienstbotenbeitrag endlich aufhöre.

Ueber Rücksichtslosigkeit auf der Stadtbahn wird uns von einem Parteigenossen geschrieben: Die Morgenzüge unserer Stadtbahn sind täglich dermaßen überfüllt, daß der Arbeiter froh sein muß, wenn er sich allmählich noch einen Stehplatz in einem Wagenabteil erkämpft, wo sich vielleicht schon 14 bis 15 Personen eng zusammengedrängt befinden. Man scheint aber vielen Passagieren, namentlich jüngeren Leuten, die Atmosphäre in solchem Käfig noch nicht schlecht genug zu sein, denn ohne auf das übrige Publikum und schließlich auch auf die eigene Gesundheit Rücksicht zu nehmen, rauchen sie ihre Cigaretten und Cigaretten unbesinnlich weiter, so daß namentlich die mitfahrenden schwächeren Personen, Frauen und Mädchen, unter dem Tabakqualm doppelt schwer zu leiden haben. Der einseitige Teil des Publikums sollte energisch auf größere Rücksichtnahme hinwirken. Ein großer Teil des Publikums will sich ferner auch noch immer nicht daran gewöhnen, beim Verlassen oder Betreten des Wagens hinter sich die Türe zu schließen. Oft genug wurde schon darum erlucht, auf die Sicherheit der Eisenbahnbeamten und auf die eigene Sicherheit Rücksicht zu nehmen, und die Türe stets selbst zu schließen. Wie es scheint, vergebens, ein Teil des Publikums will eben von seiner Rücksichtslosigkeit nicht lassen.

Seine zehnte Männer-Abteilung eröffnet Freitagabend 8 Uhr der Turnverein Fichte in der Turnhalle der Gemeindefchule Petersburgerstr. 7. Die Abteilung wird fortan jeden Dienstag und Freitag von 8-10 Uhr turnen. Die umfassende Entwicklung des Vereins ist ein sprechendes Zeugnis für seine Beliebtheit. Hoffentlich wird es ihm auch fortan nicht an der Unterstützung der Arbeiterschaft fehlen. Der Vereinsvorstand teilt noch mit, daß Gäste in den Turnstunden stets willkommen sind.

Doppelselbstmord eines Ehepaares. Gemeinsam in den Tod gegangen sind am gestrigen Mittwoch früh der 45 Jahre alte Gladbefitzer Hartwig Heilmann und seine 33 Jahre alte Ehefrau Selma, eine geborene Berlinerin. Das Ehepaar war vor drei Tagen aus Spielberg bei Reusdorf a. D. nach Berlin gekommen und hatte in einem Hotel der Königgrätzerstraße Wohnung genommen. Tagsüber liegen sie beide in dem Gasthof nicht sehen, und als sie am Dienstagabend ihr Zimmer aufsuchten, gaben sie Anweisung, am Mittwochmorgen um 9 Uhr geweckt zu werden. Hausdiener und Zimmermädchen konnten aber auf ihr Klopfen und Rufen keine Antwort erhalten und setzten den Leiter in Kenntnis, der sofort die gewaltsame Öffnung des Zimmers anordnete. Beide Personen lagen entseelt in ihren Betten. Ein Arzt stellte fest, daß der Tod durch Vergiftung schon vor mehreren Stunden eingetreten war. Ein Wasserglas, das mit Resten des Gifts auf einem Nachtschrank stand, wurde polizeilich beschlagnahmt. Die Leichen wurden sichergestellt. Ueber die Veranlassung zu der gemeinsamen That hat sich hier noch nichts ermitteln lassen.

Selbstmord eines Bankkassierers. Der in dem Bankhaus E. S. Krefsmar, Jägerstr. 8, angestellte Kassierer Verneheim hat gestern Selbstmord begangen. Wie wir am Sonntag meldeten, hatte ein andres Angestellter des erwähnten Bankhauses, Namens Kränzel, Unterschlagungen im Betrage von 80 000 Mark begangen. Mit dieser Defraudation hängt der Selbstmord des Kassierers Verneheim zusammen.

Durch Elektrizität getötet wurde der 34 Jahre alte Arbeiter Wilhelm Hennig, der am Jonsstr. 13 wohnte und bei den Berliner Elektricitätswerken am Mariannenufer beschäftigt wurde. Am Mittwochnachmittag bald nach 4 Uhr hatte er auf einer Leiter einen Transformator besichtigt, um eine Ausbesserung vorzunehmen, dabei die Leitung mit dem rechten Arm berührt. Hennig wurde durch den elektrischen Schlag auf der Stelle getötet und stürzte von der Leiter herab. Die Leiche wurde Staatsanwaltlich beschlagnahmt.

Sofort getötet wurde am Donnerstagabend um 5 Uhr auf dem Lehrter Bahnhof der Arbeiter Fritz Sch. durch den Absturz einer Maschine. Ueber die näheren Umstände wird berichtet, daß unmittelbar neben dem Lehrter Bahnhof nach der Invalidenstrasse zu gebaut wird. In einem Schuppen wollte man gestern eine Maschine aufstellen. Die Maschine stürzte dabei von dem Gerüst und der Beschäftigte ab und auf einen dabei thätigen Arbeiter. Alle sofort angestellten Bemühungen zur Rettung des Arbeiters waren erfolglos, erst der herbeigerufenen Feuerwehre gelang es, den Mann von seiner Last zu befreien. Ein aus der Charité herbeigerufenen Arzt konnte nur noch den Tod des Mannes, der verheiratet ist, feststellen.

Ein Schwindler macht in Pelzwarengeschäften telephonische Bestellungen auf wertvolle Pelzwaren. Er nennt eine große Firma und gibt an, daß ein Hausdiener die Ware abholen würde, was auch bald nach der Bestellung gegen Verabfolgung eines gefälschten Lieferscheins geschieht. In einem Falle ist es ihm gelungen, sich 2 Bunde Persischer-Felle, gezeichnet G. a. 2 Bunde ebensolche, H. a. und 4 Bunde, J. a. gezeichnet, im Gesamtwerte von 1900 M. zu erschwindeln. Der angebliche Hausdiener ist ca. 25 Jahre alt, 1,75 Meter groß, mit kleinem dunklen Schnurrbart, und verrät große Kenntnis im Pelzwarensache.

Infolge der Glätte verunglückten gestern drei Personen, und zwar am Vormittag die 72 Jahre alte Rentnerin Ernestine Dräger in der Petersburger Straße und die Schneiderin Bertha Plümer in der Frankfurter Allee und abends der Arbeiter Max Ludwig in der Bredowstraße. Alle drei trugen schwere Knochenbrüche davon.

Das Warenhaus Hermann Tsch in der Leipzigerstraße teilt uns mit, daß es ein eigenes Fundbüro eingerichtet habe, in welchem die vermissenen resp. verlorenen Gegenstände registriert, geordnet und aufbewahrt werden.

Diebstähle mit Pferd und Wagen werden jetzt im Norden der Stadt ausgeführt. Der Korbwarenhandl. A. B. Schulz in der Brunnenstr. 65 hatte vorgestern Abend im Haus für verschiedene Verkaufsartikel angepackt. In der achten Stunde kam ein kleiner Möbelwagen vorgefahren; die Fahrer traten in den Flur und luden zwei der angepackten Kinderkloppstühle auf den Wagen, worauf sie nach dem Rosenbaler Thor zu davonfahren. Wehentlich Diebstähle sollen in letzter Zeit mehrfach in der Gegend ausgeführt worden sein. Der Eigentümer setzt auf die Wiedererlangung seiner Ware eine Belohnung von 10 M. aus.

Die vollständige Auswanderung im Gewerkschaftshaus beginnt am Donnerstag, den 7. Februar. An diesem Eröffnungstage und auch an den folgenden Auswanderungstagen wird der Saal um 8 1/4 Uhr abends geöffnet, der Vortrag mit daran anschließender Führung und Fragebeantwortung beginnt Punkt 9 Uhr. In jedem Abend werden nur hundert Personen zugelassen, damit jedes angestellte Kunstwerk dem einzelnen Besucher während der Führung gut sichtbar ist. Die weiteren Verkaufsstellen finden regelmäßig am Donnerstag und Freitag jeder Woche statt. Der Eintritt kostet 20 Pf. einschließlich Garderobe und Programm. Biletts für sämtliche Auswanderungstage sind jetzt schon an folgenden Stellen zu haben: Restaurant des Gewerkschaftshaus; Cigarettengeschäft von Horsch, Gewerkschaftshaus; Cigarettengeschäft von Ziel, Invalidenstr. 124, gegenüber dem Steintor Bahnhof; Cigarettengeschäft von Jakob Reul, Varnhinst. 42; Restaurant Berner, Bülowstr. 69. In den Bureaus des Gewerkschaftshauses sind Biletts für einen für die betreffende Gewerkschaft besonders bestimmten Tag zu haben. Da die Besucherzahl eine ziemlich beschränkte ist, so empfiehlt es sich, sich möglichst frühzeitig mit Biletts zu versehen.

Aus den Nachbarorten.

Nixdorf. Die Deputation erörterte kürzlich die Stellung ihrer Mitglieder zu städtischen Submissionen. Sie beschloß schließlich, daß sich kein Mitglied der Deputation an städtischen Submissionen für Arbeiten und Lieferungen beteiligen dürfe. Bekanntlich hat die Stadtverordneten-Versammlung ihren früheren Beschluß, der alle Stadtverordnete und Magistratsmitglieder von der Beteiligung an städtischen Submissionen ausschloß, auf den Einspruch des Magistrats wieder aufgehoben.

Ueber ein schweres Baumglück wird uns von gewerkschaftlicher Seite berichtet. Auf dem vom Unternehmer Weder ausgeführten Bau des Wasserwerks Hohen-Schönhausen war am Mittwoch der Maurer August Wegener beim Hinaufschleppen der Träger beschäftigt. Auf eine nicht aufgeklärte Weise rutschte die nicht befestigte Leiter aus, auf der Wegener stand, und dieser stürzte, da die Rüstung nicht vollständig abgedeckt war, so unglücklich in die Tiefe, daß er nach wenigen Augenblicken starb.

Dieser Fall ist eine der vielen, wo durch Nichtbeachtung der baupolizeilichen Vorschriften ein Menschenleben vernichtet wurde. Nicht allein, daß entgegen den Vorschriften die unter den Arbeitenden angebrachte Rüstung unvollständig abgedeckt war, verstoß auch die Art, wie die Rüstungen im ganzen befestigt sind, gegen die baupolizeilichen Vorschriften. Trotzdem die Maurer auf die Unzulänglichkeit und Gefährlichkeit dieses Zustands hingewiesen hatten, erfolgte doch keine Abhilfe. Der Tod des Maurers Wegener zeigt von neuem, wie berechtigt das Verlangen der organisierten Maurer ist, Arbeiter mit der Kontrolle der Arbeitsstätten zu betrauen.

Der Brand des Hauptgebäudes der Robbapfen-Fabrik von Wendelsdorf u. Wharton in Köpenick wurde Mittwochabend zahlreiche Feuerwehren der Umgegend alarmiert. Das Feuer griff, vom Winde angefaßt, so rapide um sich, daß nur die Maschinen- und Nebengebäude gerettet werden konnten. Die Entstehungssache des Brands, der eine längere Betriebsstörung zur Folge haben dürfte, ist unbekannt.

Schöneberg. Die Anstellung eines weiteren Armenarztes ist im Etat für 1901 vorgesehen mit der Begründung, daß für den sogenannten Friedenauer Ortsteil unbedingt ein Armenarzt notwendig sei, da die zur Zeit vorhandenen Armenärzte zu weit entfernt wohnen und dies für die Kranken große Unzulänglichkeiten zur Folge habe.

Ueberfälle auf Mädchen und Frauen waren in der letzten Zeit in Schöneberg und Deutsch-Wilmersdorf öfter vorgekommen, ohne daß es gelingen wollte, des Täters habhaft zu werden. Jetzt ist am gestrigen Mittwoch der Maurer Block festgenommen worden, der der Straftaten dringend verdächtig erscheint. Block, ein verheirateter Mann, hatte in Wilmersdorf einem Dienstmädchen, das er auf ein freies Feld verschleppt hatte, Gewalt angethan, konnte aber gleich ergriffen werden. Er wird den früheren Opfern gegenübergestellt werden, da man in ihm den Verbrecher erwünscht zu haben verneint.

Eine große Feuerbrunst, bei der Menschenleben in Gefahr schwebten und ein bedeutender sachlicher Schaden zu verzeichnen ist, entstand gestern nachmittag um 2 1/2 Uhr in dem Hause Schillerstr. 113 zu Charlottenburg. Im Kellergeschoss des großen Vordergebäudes befanden sich die Lagerräume des lumbigverbliebenen Ateliers von Paul Gahmann und Werno Keller, die sich von vorn bis nach dem Hof hindurchziehen und die Hälfte des ganzen Geschosses einnehmen. Unter den Waren befanden sich Lacke, Farben, Firnisse, Öle und Geräte im Werte von etwa 15 000 M. Um die genannte Zeit bemerkte der Maler Ludwig Schwarz, wie aus einem hofwärts dicht an dem rechten Seitenflügel belegenen Fenster eine gewaltige Stichflamme herauszuschlug und am Gebäude bis an das Dach in die Höhe züngelte. In demselben Augenblick erfolgte Knall auf Knall im Innern und Feuerzäunen drangen auch aus den Kellerfenstern auf die Straße. Schwarz rief die Feuerwehre, die mit beiden Wehren sofort auf der Brandstelle eintraf. Inzwischen hatte der Brand bei den leicht empfänglichen Stoffen schnell um sich gegriffen und sich den Wohnungen aller vier Stockwerke des Vordergebäudes vom Hofe aus mitgeteilt. Die Schnelligkeit der Feuer- und Rauchentwicklung überraschte die Bewohner in ihren Räumen derart, daß verschiedene Personen in Erstickungs- oder Verbrennungsgefahr gerieten. Der Schuhmacher Vitz im Erdgeschoss, der sich durch ein Fenster nach der Straße retten wollte, zerbrach sich an den bereits zerbröckelnden Fensterscheiben die Hände und blieb wie seine Schwiegermutter, Frau Heinze, ohnmächtig liegen, bis Hausbewohner auf das Hilfegeheul der Ehefrau eintreten und die Gefährdeten retteten. Frau Kibbe im dritten Stock, die in der Wohnung festgehalten wurde, sollte auf ihre Rufe auf der Rettungsleiter in Sicherheit gebracht werden. Mitbewohner waren indes vorher aus einer Nachbarwohnung eingedrungen und hatten die Frau der Gefahr entzissen. Die Wehre, von der der Feuermann Köhling an der rechten Hand durch Glasplitter verletzt wurde, war noch spät abends am Plage.

H. Greifenhagen

Brunnenstr. 17.

Zur Vorbereitung für den in einigen Tagen erfolgenden

Total-Ausverkauf

meines Warenlagers wegen

Geschäfts-Übertragung

bleiben meine Verkaufsräume einige Tage geschlossen.

Masken
Kostüme-Verleihbazar
größte Auswahl, billigste Preise
Fr. C. Frommholz
Elbasserstr. 78, Ecke Adlerstr.

Stuhr. Hasen a 8,- und 8,25,
gepöckelt 3,50 und 3,75.
Hirschfleisch 25, 40, 50,
Gänse 60 Pf.; Enten, Fäher.
A. Ritschl, Dresdenerstr. 61.

Achtung!
Brauerei-Arbeiter!
Der seiner Zeit mit den ringsfreien Brauereien vereinbarte Arbeitsnachweis, Blumenstr. 38, wird von der Direktion des Münchener Brauhaus Akt-Ges., Johannisstr. 18/19, nicht anerkannt. 41/8
Agitations-Kommission der Brauerei-Arbeiter Berlins und Umgegend. J. N.: **Richard Schüler.**

Zähne 2 Mk. 10 Jahre Garantie.
Teilzahlung wöchentlich 7 Mark. 133/9*
Vollkommen schmerzloses Zahnziehen 1 M. Plomben 1,50 M.
Reparaturen sofort. Umarbeitung schlecht sitzender Gebisse.
Zahnarzt Wolf, Leipziger Strasse 130,
(Haus Schaarwächter). Sprechst. 9-7.

Mecklenburg, Schwarz- u. Brandenburg, Landbrote
empf. Brotfabrik Witter, Mülkstr. 31. Niederlag. d. Bäckerei ebenfalls.
Reparaturen in 2 Stunden. Plombieren von 1 M. an.
Schmerzloses Zahnziehen. Sprechst. 8-8, Sonntag 8-4.
R. Lange, Blumenstraße 25, Ecke Marktstraße.

Charlottenburg.
H. Schmerberg (4922)*
Wilmsdorfer-Strasse 127,
Uhrmacher und Goldarbeiter.
Großes Lager von Uhren
und Goldwaren zu
äußerst billigen Preisen.
Optische Artikel. Ohrenstöcher
werden schmerzlos gestochen

Große Betten 12 M.
(Oberbett, Unterbett, zwei Kissen) mit
gereinigten neuen Federn bei
Guttag, Berlin S., Preis-
liste 45. Preisliste kostenlos. Viele
Anerkennungsschreiben.

Jedes **5 Pfennig.**
Wort: **5** Nur das erste
Wort fett. Worte mit mehr als
10 Buchstaben zählen doppelt.

Kleine Anzeigen.

Anzeigen für die nächste
Nummer werden
in den Annahmestellen für Berlin
bis 2 Uhr, für die Vororte bis 1 Uhr,
in der Hauptexpedition Bonhofstr. 3
bis 4 Uhr angenommen.

Verkäufe.
Restoration, gutes Geschäft,
wegen Krankheit meiner Frau sofort
zu verkaufen. Vier, Alte Jakob-
straße 119. 1468R*
Klempner, Gas- und Wasser-
anlagen preiswert zu verkaufen.
Röhren- u. Zimmerstraße 72. 23075
Wieder finden eine umfassende
Darstellung des neuen Mietrechts in
dem Buche: Die Rechte und Pflichten
des Mieters. 32 Seiten. Preis
20 Pfennige. Zu beziehen durch alle
Buchhandlungen und Colporteurs.
Bisher abgesetzt 80 000 Exemplare. (*
Gardinenband Große Frankfurter-
straße 9, parterre. 23466
Fahrräder, sofortig günstige Ge-
legenheitskäufe nagelneuer, erstklassiger
Maschinen. Velohand Neue Schön-
hauserstraße 11. 1609
Fahrräder, verlässliche, richtige Aus-
wahl, Velohand Neue Schönhauser-
straße 11. 90/10
Seiten, Steppdecken, Gardinen
preisbillig Velohand Reanderstraße 6.
Tepiche, Remontatruhen, Regu-
latoren, preisbillig Velohand Reander-
straße 6. 51/8*
Klempner, Kubaum, preisbillig,
auch einzeln Gartenstraße 148, I. Unt. 6.
Nähmaschinen: Adler, Singer,
Mingisch, Bobbin, White- und Brings-
maschinen auf Teilzahlung, Roschewitz
Wannegasse 118. 495R*
Nähmaschinen aller Systeme ver-
kauft Gustav Schmidt, Alexandrinen-
straße 7, Hof 2 Treppen. 1438*
Kanarienvögel, Gedächtnis und
Weibchen verkauft Göttsche, Reichen-
dorferstraße 54. 1464*

Nähmaschinen sämtlicher Systeme
ohne Anzahlung, Woche 1,00, Liefe-
rung sofort, Postkarte. Louis Land-
berger, Landbergerstraße 36, kein
Rebent. 1139*
Nähmaschinen, Adler, Singer,
Schneidnäher, Ringel, sowie Baby-
und Bringsmaschinen auf Teilzahlung
Krieg, Stalperstraße 36. 22336
Nähmaschinen, am besten direkt
im Geschäft, ohne Anzahlung, wöchent-
lich 1,-, fünfjährige Garantie, Singer-
ringel, Bobbin, Adler, Schneid-
näher, Schneidnäher Lieferung auch durch
Postkarte. Frige, Turmstraße 20;
II. Geschäft Fernauerstr. 48. 123385*
Nähmaschinen, neue, Umstände
halber billig, Kommandantenstraße 46,
I. etchid. 123519
Tepiche mit Gardinen, hochfeine,
habitusüberlagte Große Frankfurter-
straße 9, parterre. 23466
Gasthof! Sparsysteme I. M. M. Drei-
lochlocher 8,-, Dreilochlocher 10,-,
Gaststätten, Schneidnäher, Appa-
rate billig! Gendratow 12,-,
Wobler, Wallnerstraße 82.
Reinigen Tafelgeschliffe, hochfeine,
Viertelzimmer frei Wohnung 3 Mark.
August Heine, Halberstadt. 23436
Steppdecken am billigsten Habrit
Große Frankfurterstraße 9, parterre.
Kanarienvögel billig Brandt,
Holmarktstraße 9. 23876*
Dezillation verkauft Witwe
Gampig, Hohndorferstraße 20, Moabit.
Malztraktier, Malztraktier, für
Blutarme, Brustkrank, Schwächliche,
Gewichtszunahme, bessere Geschid-
sunde, überaus, 14 Flaschen
3 Mark, 1/2 Tonne 3,50, Kaffee.
Nicht Glasenzahl, Qualität ent-
scheidet. Fortschlecker Ringel
Bernauerstraße 119. 90/11*

Vermischte Anzeigen.
François Leçons 0,75, Professeur
Parisien Pommeret, Breitestr. 19.
Elektroschiff, Abendfisch, monat-
lich 6 Mark, Janson, Alte Jakob-
straße 24. 21275
Patentanwalt Dammann, Oran-
ienstraße 57, Marktplatz. Erkunden
kostenfreier Rat abends bis neun
Unfallkosten, Klagen, Eingaben,
Reklamationen, Puffer, Steglitzer-
straße 65. 23086
Rechtsbureau, Rechtschilfe, An-
waltsstraße 63. 23356*
Angustabad, Köpenickerstraße 60.
Haber jeder Art für sämtliche Kranken-
kassen. 4712*
Anfertigung eleganter Perzen-
garderobe. Teilzahlung gestattet.
Marcus, Kleine Frankfurterstr. 20. *
Buchbinder-Arbeit jeder Art
fertigt Ferdinand Kleinert, W. Blau-
straße 56, 2. Hof parterre. 23876
Platin, Gold, Silber, Treifen,
Reinigt, taugt zu höchsten Preisen
Goldschmelze, Zimmerstraße 32. (*)
50 Prozent Verdienst für leicht
verfügbaren Artikel als Haupt- oder
Nebenverdienst. Prospekt gegen 10 Pf.
Marke franko. R. Winger, Däffel-
dorf, Kirchfeldstraße 71. 23906
Kunstschneiderei von Frau Kotsch,
Steinwegstraße 48.
Zahl und Vereinszimmer empfiehlt
Jannasch, Inselstraße 10. 13082*
Vereinszimmer frei. Vademecum,
Kommandantenstraße 66. 2338*
Vereinszimmer, dreifach, zu
vergeben. Georg Schulze, Weich-
straße 60. 1464*

Vermietungen.
Schlafstellen.
Schlafstelle, Herrn, bei Fuchs,
Rantenerstraße 71, vorn III. 117*
Separate Schlafstelle (Herrn) Kott-
buserstraße 2, vorn III, Bawlat. (*)
Fremdliche Schlafstelle zu ver-
mieten. Stalperstraße 40, IV, Buch-
holz. 117*
Fremdliche Schlafstelle (separat)
Oranienstraße 190, vorn III, Pötel.
Schlafstelle, Kolonnen, Elisabeth-
Ufer 30, Hof 2 Treppen Unt. 13876

Möblierte Schlafstelle für Herrn
bei Witwe Scholz, Rantenerstraße 87,
Duergerstraße II. 23926
Schlafstelle für einen anständigen
Herrn, Rantenerstraße 90, vorn vier
Treppen. Ein. Vinte. 23826
Schlafstelle zu vermieten bei
Mitt. Rantenerstraße 156, Hof
drei Treppen. 23856
Schlafstelle, Witwe Gohndt,
Georgenstraße 62, Seitenflügel
parterre. 23936
Zimmer.
Fremdlich möbliertes Zimmer für
zwei Herren sofort zu vermieten Foyers-
straße 54, Quergebäude III, bei
Witwe Rosenthal.

Vertreter
für eine epochamachende ameri-
kanische **Neuhelt**, welche sich
spielend leicht verkaufen lässt,
gesucht. Der Artikel ist in
Amerika allgemein eingeführt
und findet auch in Deutschland
den größten Anklang. Geß.
Offert. unt. H. 61 161 an Haasenstein
& Vogler A.-G. in Frankfurt a. M. *

Arbeitsmarkt.
Stellengesuche.
Blinder Stuhlrechter bietet nun
Arbeit. Stühle werden gut geflochten,
dieselben werden abgeholt und jurist-
getiefert. Güter, Mulackstraße 27.
Stellenangebote.
Barbierelehrling verlangt Kamler-
straße 27. 23526
Blindchen, geübt im Nähen, ver-
langt Dürckhorn, Köpenickerstraße 149.
Zeitungsfrau verlangt Dünsergasse,
Bergmannstraße 23. 1124*
Wamselle auf Jacketts, außerdem
Haus (1,75-2,00 Mark), verlangt
Freig. Stengstraße 11, II. 12476*

Achtung! Stuccateure!
Bei den Herren **Jäckel, Herr-
wich, Häska** haben sämtliche
Kollegen auf Grund des Angebots,
Accord zu arbeiten, die Arbeit nieder-
gelegt. Zuzug ist streng fernzuhalten.
173/4 Die Lohnkommission.

Achtung! Tischler!
In der Möbelwerkstatt von **Alinte**,
Barthauerstraße 78, haben sämtliche
Tischler wegen Lohnhöherungen die
Arbeit niedergelegt. Desgleichen in der
Möbelwerkstatt von **Seelisch**, Pige-
straße. Zuzug nach beiden Werkstätten
ist streng fernzuhalten.
77/8 Die Ortsverwaltung.

Achtung! Drechsler!
In der Möbelwerkstatt von
H. Schmidt, Blumenstr. 30,
haben sämtliche Drechsler wegen Lohn-
höherungen die Arbeit niedergelegt.
Zuzug fernhalten.
77/8 Die Ortsverwaltung.